



Stellungnahme zum Institut für Zeitgeschichte (IfZ)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	2
1. Beurteilung und Empfehlungen.....	2
2. Zur Stellungnahme des IfZ.....	3
3. Förderempfehlung.....	4

Anlage A: Darstellung

Anlage B: Bewertungsbericht

Anlage C: Stellungnahme der Einrichtung zum Bewertungsbericht

Vorbemerkung

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft evaluiert mindestens alle sieben Jahre die Forschungseinrichtungen und Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung, die auf der Grundlage der „Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen“¹ von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden. Diese Einrichtungen haben sich in der Leibniz-Gemeinschaft zusammengeschlossen. Die wissenschaftspolitischen Stellungnahmen des Senats werden vom Senatsausschuss Evaluierung vorbereitet, der für die Begutachtung der Einrichtungen Bewertungsgruppen mit unabhängigen Sachverständigen einsetzt. Die Stellungnahme des Senats sowie eine Stellungnahme der zuständigen Fachressorts des Sitzlands und des Bundes bilden in der Regel die Grundlage, auf der der Ausschuss Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) überprüft, ob die Einrichtung die Fördervoraussetzungen weiterhin erfüllt.

Auf der Grundlage der vom Institut für Zeitgeschichte (IfZ) eingereichten Unterlagen wurde eine Darstellung der Einrichtung erstellt, die mit dem Institut sowie den zuständigen Ressorts des Sitzlands und des Bundes abgestimmt wurde (Anlage A). Die vom Senatsausschuss Evaluierung eingesetzte Bewertungsgruppe hat das IfZ am 17./18. März 2003 besucht und daraufhin einen Bewertungsbericht erstellt (Anlage B). Auf der Grundlage dieses Bewertungsberichts und der vom IfZ eingereichten Stellungnahme zum Bewertungsbericht (Anlage C) erarbeitete der Senatsausschuss einen Entwurf für die Senatsstellungnahme. Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat die Stellungnahme am 20.11.2003 erörtert und verabschiedet. Der Senat dankt den Mitgliedern der Bewertungsgruppe für ihre Arbeit.

1. Beurteilung und Empfehlungen

Das IfZ hat seit seiner Gründung die zeitgeschichtliche deutschsprachige Forschung zum Nationalsozialismus entscheidend geprägt und damit auch der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit diesem Thema neue Perspektiven eröffnet. Seine Veröffentlichungen, Projekte und Tagungen haben Maßstäbe bei der Erforschung der deutschen Zeitgeschichte gesetzt. Das Gleiche gilt für Serviceaufgaben, Gutachtertätigkeit und Dokumentationen des Instituts. Darauf beruht das hohe Ansehen, das das IfZ national und international auch außerhalb der Fachöffentlichkeit besitzt.

Um diesen Leistungsstand zu halten und die Qualität der Arbeit weiterhin zu gewährleisten, hat der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme von 1996 eine Reihe von Anregungen zur Fortentwicklung des Arbeitsprogramms gegeben. Er hat sie mit kritischen Äußerungen zum Gesamtkonzept des IfZ begründet und seine Förderempfehlung mit deutlichen Hinweisen verknüpft, das Forschungsprogramm des IfZ weiter zu entwickeln und für neue Aspekte zu öffnen. Dazu gehörten u. a. die Empfehlungen, den bestehenden fachlichen Schwerpunkten interdisziplinäre und international vergleichende Sichtweisen hinzuzufügen, mehr Drittmittel insbesondere von DFG und Stiftungen einzuwerben, die Zusammensetzung des Beirats zu verändern und die Amtsdauer seiner Mitglieder zu begrenzen, durch Befristung der Arbeitsverhältnisse die Flexibilität zu erhöhen, wesentlich intensiver Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftlerinnen

¹ Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (AV-FE)

in die Forschung einzubeziehen und die Zusammenarbeit mit der Universität München, insbesondere in der Graduiertenförderung, deutlich zu intensivieren.

Diese Empfehlungen sind nur sehr zögerlich, teils überhaupt nicht aufgegriffen worden. Die Bewertungsgruppe hat die 1996 vom Wissenschaftsrat festgestellten Defizite in wesentlichen Punkten erneut vorgefunden und deren Beseitigung angemahnt. Sie hat sich dafür ausgesprochen, das Forschungsprogramm des IfZ kohärenter anzulegen und es zugleich durch international vergleichende sowie interdisziplinäre Ansätze zu ergänzen. Auch im Hinblick auf die internationale Einbettung der Projekte muss ein Konzept entwickelt werden. Die Bewertungsgruppe konnte zudem nicht den Eindruck gewinnen, dass Stiftungsrat und Beirat Weichen zur Neuorientierung des IfZ gestellt haben.

Trotz teilweise nach wie vor beeindruckender Einzelleistungen und einer großen Zahl auch anerkannter Veröffentlichungen ist die Leistungsfähigkeit des IfZ insgesamt verbesserungsfähig. Insbesondere ist das weitere Forschungsprogramm nicht so überzeugend, dass eine vorbehaltlose Weiterführung der gemeinsamen Förderung für die kommenden sieben Jahre empfohlen werden kann. Der Stiftungsrat des IfZ sollte deshalb unter Hinzuziehung externen Sachverständigen ein Konzept zur künftigen Arbeit und zum Forschungsprogramm des IfZ entwickeln, das die im Bewertungsbericht im Einzelnen angesprochenen kritischen Punkte und Defizite aufnimmt und Maßnahmen zu deren Beseitigung einschließlich eines Zeitplans zu deren Umsetzung entwickelt. Die im Bewertungsbericht in der Zusammenfassung der Empfehlungen (Kapitel 8) gegebenen Hinweise, insbesondere zum Forschungsprogramm und zum Beirat, sollten dafür die Grundlage sein; auch sollte künftig die Befristung der Leitungsfunktionen, wie zunehmend an Leibniz-Einrichtungen üblich, gewährleistet sein. Nach angemessener Frist sollte dann erneut bewertet werden, ob das IfZ den Anforderungen genügt, die an Einrichtungen von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse zu stellen sind. In der Zwischenzeit sollten Arbeitsverträge mit wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausschließlich auf Zeit abgeschlossen werden. Auch sind Auftrag und Zusammensetzung des Beirats entsprechend den Empfehlungen des Senats der Leibniz-Gemeinschaft zu gestalten.

Die Beendigung der gemeinsamen Förderung oder die Eingliederung des IfZ in eine Universität wird derzeit nicht empfohlen. Mit seiner politikzentrierten zeitgeschichtlichen Forschung, der fruchtbaren Verbindung von Archiv, Bibliothek und Forschung verfügt das IfZ über ein weltweit einzigartiges Forschungspotential, das der zeitgeschichtlichen Forschung in Deutschland erhalten und der internationalen Forschung weiter geöffnet werden sollte. Diktaturforschung aus heutiger, demokratischer Sicht ist nach wie vor hoch aktuell und sowohl für den wissenschaftlichen Nachwuchs als auch für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein attraktives Forschungsfeld.

2. Zur Stellungnahme des IfZ

Das IfZ hat zum Bewertungsbericht Stellung genommen (Anlage C). Es teilt in wesentlichen Punkten nicht die vom Wissenschaftsrat und nun von der Bewertungsgruppe erneut geäußerte Kritik und hält einen Teil der Empfehlungen für sachlich nicht begründet.

Der Senat nimmt diese Erläuterungen zur Kenntnis. Er würde es begrüßen, wenn es innerhalb der *scientific community* der Zeithistoriker und Zeithistorikerinnen zu einer fundierten sachlichen Auseinandersetzung über Stellung und Leistungen des IfZ käme. Im Übrigen hält er an seinem

Votum fest, das künftige Forschungsprogramm des IfZ und die eingeleiteten strukturellen Maßnahmen erneut nach etwa drei Jahren zu bewerten.

3. Förderempfehlung

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt, das IfZ als Forschungseinrichtung auf der Grundlage der „Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen“ für drei Jahre mit dem Vorbehalt weiter zu fördern, dann erneut die Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung zu prüfen.

Anlage A: Darstellung

Institut für Zeitgeschichte (IfZ)¹

Inhaltsverzeichnis

1. Entwicklung und Förderung.....	A-2
2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und fachliches Umfeld.....	A-2
3. Struktur und Organisation.....	A-4
4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal	A-5
5. Nachwuchsförderung und Kooperationen	A-7
6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz	A-8
7. Empfehlungen des Wissenschaftsrats und ihre Umsetzung	A-9

Anhang

Organigramm	A-12
Mittelausstattung und -verwendung	A-13
Drittmittel und andere Einnahmen.....	A-14
Stellenplan und Personalbestand.....	A-15
Personal nach Arbeitseinheiten.....	A-16
Veröffentlichungen	A-18
Liste der eingereichten Unterlagen	A-19

¹ Diese Darstellung ist mit dem Institut sowie mit den zuständigen Ressorts des Sitzlandes und des Bundes abgestimmt.

1. Entwicklung und Förderung

Die Wurzeln des Instituts für Zeitgeschichte reichen bis in die Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Schon 1947 gab es in der amerikanischen Besatzungszone Bestrebungen, ein Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik zu gründen. Unter dem Namen „Deutsches Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ begann das Institut 1949 mit seiner Arbeit, die ab 1950 durch den Bund und den Freistaat Bayern gefördert wurde. 1952 erfolgte die Umbenennung in „Institut für Zeitgeschichte“ (IfZ).

Im September 1961 erhielt das Institut seine heutige rechtlich-organisatorische Struktur. Als „Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte“ ist es seitdem eine rechtsfähige öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Bundesrepublik Deutschland sowie die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

Seit 1977 wird das IfZ als Forschungseinrichtung auf der Grundlage der „Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen“² vom Bund und von den Ländern gemeinsam gefördert. Die fachliche Zuständigkeit auf Seiten des Landes liegt beim Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, auf Seiten des Bundes beim Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Das IfZ wurde vom Wissenschaftsrat zuletzt 1995 evaluiert. Auf der Grundlage der Stellungnahme des Wissenschaftsrats vom Januar 1996 sowie einer gemeinsamen Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie entschied der Ausschuss Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) auf seiner Sitzung im April 1997, dass das IfZ die Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder weiterhin erfüllt.

2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und fachliches Umfeld

Gemäß Stiftungsurkunde besteht die Aufgabe der „Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte“ in der wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte durch das IfZ. Dementsprechend widmet sich das Institut der Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus unter Einbeziehung seiner unmittelbaren Vor- (Weimarer Republik) und Nachgeschichte (Besatzungszeit). Gegenstand seiner Tätigkeit ist heute ebenso die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) unter Berücksichtigung ihrer internationalen Verflechtungen wie auch die vergleichende Geschichte einzelner europäischer Staaten im 20. Jahrhundert.

Zu den Aufgaben des Instituts gehört die Herausgabe der Fachzeitschrift „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (mit der „Bibliographie zur Zeitgeschichte“) sowie die Publikation von Monographien, Editionen, Sammelbänden und Hilfsmitteln in mehreren Reihen (z. B. „Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen“, „Die Tagebücher von Joseph Goebbels“, „Studien zur Zeitgeschichte“).

Neben dem Institut in München, das im Wesentlichen für die Publikationstätigkeit und für einen Großteil der Forschungsprojekte zuständig ist, sind in den Jahren 1990 und 1993 zwei Außenstellen in Bonn und Potsdam gegründet worden, die mit Spezialaufgaben beauftragt sind. Heute

² Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (AV-FE)

befinden sich beide Außenstellen in Berlin. Die Außenstelle im Auswärtigen Amt ediert die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, während die Außenstelle in Berlin-Lichterfelde hauptsächlich die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR im ostmitteleuropäischen Kontext erforscht.

Seit der letzten Evaluierung hat das IfZ die folgenden größeren **Forschungsprojekte** abgeschlossen: „Studien zur Sozialgeschichte des Konzentrationslagers Auschwitz“, „Widerstand als ‚Hochverrat‘ 1933 - 1945“ und „Die Errichtung der Klassenjustiz nach 1945 in der SBZ/DDR in diktaturvergleichender Perspektive“. Zu diesen Projekten liegen bereits Veröffentlichungen vor. Weitgehend abgeschlossen sind die Projekte „Goebbels-Tagebuch“, „Hitler-Dokumentation“, „Deutschland und Frankreich in der Zwischenkriegszeit im Vergleich“ und „Gesellschaft und Politik in Bayern“. Veröffentlichungen liegen z. T. vor, andere sind noch in Vorbereitung. Daneben sind auch mehrere Einzelprojekte erfolgreich beendet worden, so z. B.: „Aufbau und Krise der Planwirtschaft“ (Dierk Hoffmann), „Abrechnung mit dem Faschismus in Italien“ (Hans Woller) und „Evakuierte in Bayern“ (Katja Klee).

Im laufenden Forschungsprogramm des IfZ werden weiterhin Projekte zum Nationalsozialismus wie auch zur Bundesrepublik- und DDR-Geschichte – auch unter vergleichender Perspektive – verfolgt. Dabei handelt es sich um Quellenaufbereitung für die weitere Forschung (Verfolgung von NS-Verbrechen, Verfilmung von Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)), um die Publikation von Handbüchern (NS-Verbrechen) und neue größere Projekte der Gesellschafts- und Mentalitätsgeschichte (Reform und Revolte, Lebenswelten in Mecklenburg und Vor-Pommern), sowie um politische Geschichte (Zweite Berlin-Krise). Auch in Zukunft will das IfZ daran festhalten, Themen aus der gesamten Zeitgeschichte zu behandeln. Es sei beabsichtigt, langfristig die Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unter Einbeziehung internationaler Entwicklungen stärker zu akzentuieren. Hierfür sei u. a. die Überlegung maßgebend, dass die Zeitgeschichtsforschung in Deutschland in starkem Maße Diktaturforschung betrieben habe, während die Demokratieforschung mehr oder weniger vernachlässigt worden sei. Dies werde durch die Forschungsentwicklung seit 1990 bestätigt. Über die Geschichte der DDR wird sehr viel mehr gearbeitet als über die Geschichte der Bundesrepublik. Deshalb habe das IfZ, neben dem Ausbau der NS-Forschung, bereits seit 1992 einen entschiedenen Akzent auf vergleichende historische Demokratieforschung gelegt.

Eine Besonderheit des IfZ besteht darin, dass es **Servicefunktionen** erfüllt. Der Anteil der Serviceleistungen beträgt nach Einschätzung des IfZ zurzeit zwischen 30 % und 40 %. Zur Erbringung von Serviceleistungen für externe Nutzer/-innen dienen z. B. ein Archiv und eine Bibliothek. Schließlich ist im Jahre 1999 in Berchtesgaden eine ständige Ausstellung „Dokumentation Obersalzberg – Orts- und Zeitgeschichte“ eröffnet worden. Die Dokumentationsstelle verbindet die Lokalgeschichte mit den zentralen Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Diktatur. Das Konzept der Dokumentationsstelle ist von Mitarbeiter(inne)n des IfZ entwickelt worden. Seine Betreuung wird vom IfZ geleistet. Serviceleistungen und Forschung sind nicht voneinander zu trennen. So sind die Gutachtenerstellung und die „Dokumentation Obersalzberg“ Ergebnisse von Forschungen, die im IfZ getätigt wurden, während Archiv und Bibliothek wiederum unverzichtbar für die Forschungsarbeiten der Institutsmitarbeiter/-innen sind.

Die Gründe für die **Durchführung der Aufgaben an einer außeruniversitären Einrichtung** liegen laut IfZ in der vom Institut betriebenen regen Publikationstätigkeit, der Herausgabe einer großen, weltweit verbreiteten Fachzeitschrift, der Durchführung von wissenschaftlichen Großprojekten einschließlich der Betreuung der Dokumentationsstelle Obersalzberg, und nicht zuletzt in Serviceleistungen einschließlich Gutachtertätigkeit für Behörden und Gerichte.

Zur **Einschätzung der überregionalen Bedeutung** und des gesamtstaatlichen wissenschafts-politischen Interesses führt das IfZ aus, dass es seit seiner Gründung Zeitgeschichte in einem umfassenden Sinne betreibe. Es habe sich anfangs mit grundsätzlichen Problemen des Nationalsozialismus und seiner Vorgeschichte, später daneben mit dessen unmittelbarer Nachgeschichte, schließlich mit der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR befasst. Selbst regionale Forschungsprojekte, insbesondere über Bayern, seien stets exemplarisch angelegt gewesen und besäßen daher immer Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung über andere Regionen oder die Gesamtgesellschaft und ihre Organisation. Trotz der Existenz zahlreicher Institute für zeitgeschichtliche Themen in Deutschland sei das IfZ das einzige, das die Zeitgeschichte mit starkem internationalen Akzent in ihrer Gesamtheit erforsche, das zugleich ein auf die zeitgeschichtliche Forschung ausgerichtetes Archiv betreibe und eine zeitgeschichtliche Spezialbibliothek für eigene Forschung und auswärtige Wissenschaftler/-innen besitze, die unbestritten von überregionaler Bedeutung sei. Sie werde auch von Wissenschaftler(inne)n aus dem Ausland regelmäßig für ihre Forschungen aufgesucht.

Zur **Einschätzung der wissenschaftlichen Bedeutung** innerhalb des fachlichen Umfelds bemerkt das IfZ, dass es sich nach wie vor um das führende Institut seiner Fachrichtung in Deutschland handle. Dies gelte nicht nur im Hinblick darauf, dass es als einziges die Zeitgeschichte in ihrer Gesamtheit erforsche; ebenso sei in Rechnung zu stellen, dass das IfZ in einem Umfang publiziere, der deutlich größer sei als der anderer Institute. Auch international seien kaum andere Institute mit ähnlicher Forschungskapazität und ähnlichem Forschungsertrag zu finden.

Das **Entwicklungspotential** des Faches Zeitgeschichte wird laut IfZ als groß eingeschätzt. Der Nationalsozialismus sei in der Zeitgeschichtsforschung weltweit zentrales Thema und werde es auch in Zukunft bleiben. Trotz der kaum noch überschaubaren Fülle der Publikationen seien weite Bereiche noch nicht hinreichend erforscht. Für die Nachkriegsgeschichte dagegen setze die Grundlagenforschung für die Zeit ab den 60er Jahren gerade erst ein, zumindest soweit es die Bundesrepublik betreffe. Große und kleine Projekte, die die Entwicklungen in den 60er und 70er Jahren zum Gegenstand hätten, würden in den nächsten Jahren in großer Fülle betrieben werden. Darüber hinaus gebe es auch schon ernstzunehmende Anregungen, bereits die jüngste Zeitgeschichte seit 1990 als Gegenstand der zeithistorischen Forschung in den Blick zu nehmen. Das Forschungsfeld für Zeithistoriker/-innen sei in den Jahrzehnten seit 1945 ständig gewachsen und werde in Zukunft weiter wachsen. Die Ergebnisse der Zeitgeschichtsforschung seien für den politischen Diskurs von Bedeutung und dienen zur Orientierung für politisches Handeln.

3. Struktur und Organisation

Die das IfZ tragende Stiftung verfügt über vier Organe: den Stiftungsrat, den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende des Stiftungsrates, den Beirat sowie den/die Direktor/in des Instituts. Der **Stiftungsrat** besteht aus drei Vertretern des Bundes, je einem Vertreter aus den Ländern, die die Stiftung errichtet haben (Bayern, Baden-Württemberg und Hessen) und vier Vertretern aus den übrigen Ländern. Jedes Mitglied des Stiftungsrats führt eine Stimme, die drei Vertreter des Bundes führen zusammen vier Stimmen. Der Stiftungsrat wählt jeweils für die Dauer von zwei Jahren eine/n Vorsitzende/n und dessen/deren Stellvertreter/in. Er tagt mindestens einmal im Jahr. Beschlüsse bedürfen der Zustimmung von mindestens acht von insgesamt elf Stimmen, soweit nicht die Satzung die Zustimmung aller Mitglieder verlangt. Der Stiftungsrat stellt Richtli-

nien für Organisation und Verwaltung des Instituts auf. Er beschließt den jährlichen Haushaltsplan des Instituts und über die Verwendung der der Stiftung zufließenden Mittel. Der bzw. die **Vorsitzende des Stiftungsrats** ist Vorstand der Stiftung im Sinne des BGB und vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Der **Wissenschaftliche Beirat** besteht gegenwärtig aus 15 Mitgliedern, einschließlich des Präsidenten/der Präsidentin des Bundesarchivs und des Generaldirektors/der Generaldirektorin der Bayerischen Archive, die dem Gremium qua Amt angehören. Zwei der 15 Beiratsmitglieder sind aus dem Ausland. Die Mitglieder des Beirats werden vom Stiftungsrat für die Dauer von vier Jahren berufen. Einmalige – in Ausnahmen auch mehrmalige – Wiederwahl ist möglich. Der Beirat begleitet die wissenschaftliche Arbeit des IfZ und begutachtet die vorliegenden Manuskripte der Institutsmitarbeiter/-innen und der institutsexternen Autoren. Er hat das Recht, zu Personalvorschlägen des Direktors/der Direktorin für die Daueranstellung von wissenschaftlichen Mitarbeiter(inne)n Stellung zu nehmen. Der/die **Direktor/in** des Instituts wird nach Anhörung des Beirats vom Stiftungsrat bestellt und entlassen. Er/sie leitet die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts, besorgt die Geschäfte und vollzieht den Haushalt. Vor Maßnahmen von grundsätzlicher oder größerer Bedeutung ist das Einverständnis des Stiftungsrats einzuholen.

Die **Arbeitsplanung** wird im Zusammenwirken von Institutsleitung (Direktor/in und stellv. Direktor/in) und wissenschaftlichen Mitarbeiter(inne)n festgelegt. Die Konzepte für die großen Projekte werden im Wissenschaftlichen Beirat vorgestellt und diskutiert. Laut IfZ habe sich dieses Verfahren bewährt.

Die **Qualitätssicherung** erfolgt nach Angabe des IfZ durch regelmäßige Besprechungen der Wissenschaftler/-innen, in denen die Projekte in ihren verschiedenen Stadien diskutiert werden. Außerdem wird der Wissenschaftliche Beirat im Rahmen seiner jährlichen Tagung in den Diskussionsprozess einbezogen. Die Arbeit der Außenstelle im Auswärtigen Amt wird von regelmäßigen Sitzungen eines Herausgebergremiums, dem der Direktor angehört, begleitet. Es trägt die wissenschaftliche Gesamtverantwortung und wurde von der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in des Auswärtigen berufen. In der Außenstelle Berlin-Lichterfelde finden regelmäßige Besprechungen der Wissenschaftler/-innen unter Leitung des Direktors statt.

Zur Frage der **Gleichstellung von Männern und Frauen** führt das IfZ aus: Seit der letzten Evaluierung wurden zwei Leitungspositionen mit Frauen besetzt: die Verwaltungsleitung und die Leitung der Außenstelle im Auswärtigen Amt. Bei den unbefristet beschäftigten Wissenschaftler(inne)n beträgt der Frauenanteil 20 % und bei den befristet angestellten 18 % (gerechnet in Personenjahren). Laut IfZ konnte der Frauenanteil nicht deutlich erhöht werden, da die Kandidatinnen bei Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen sowohl quantitativ als auch qualitativ hinter den männlichen Bewerbern zurückblieben.

4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal

Die **Gesamtausgaben** des IfZ (2001: ca. 5,4 Mio. €) basierten in den Jahren 1999 bis 2001 zu gut 70 % auf institutioneller Förderung (Anhang 2). Im Jahr 2001 stammten von den 1,5 Mio. € Ausgaben, die durch Drittmittel finanziert wurden, 79 % vom Bund, 17 % von den Ländern, 0,2 % von der DFG und 4 % aus sonstiger Forschungsförderung. Die Drittmittelinwerbungen der einzelnen Arbeitseinheiten sind in Anhang 3 dargestellt. Nach Angaben des IfZ seien aufgrund wiederholter Misserfolge bei der Einwerbung von Drittmitteln bei der DFG und bei Stiftungen vermehrt Fördergelder beim Bund und beim Freistaat Bayern eingeworben worden. Das IfZ

plant, diesen Weg in Zukunft weiter zu beschreiten, hat aber gleichzeitig mehrere neue Anträge für die Finanzierung von Forschungsprojekten bei der DFG gestellt.

Von den Gesamtausgaben fielen 2001 72 % auf Personal, 21 % auf Sachmittel und 7 % auf Investitionen. Das IfZ beurteilt seine Ausstattung zwar insgesamt als befriedigend, hält aber eine Mittelerhöhung für Veranstaltungen, Konferenzen und Kolloquien (bisher 8000 €) sowie für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachten etc. (auf 112 000 € von bisher 28 000 €) für dringend erforderlich.

Die **Ausstattung** des Münchner Instituts besteht aus 56 Arbeitszimmern, zwei Lesesälen, einem Katalogsaal, einem Besprechungsraum, einem Vortragsraum, einer Cafeteria, einem Buchbinderaum, zwei Magazinen für Bibliothek und Archiv sowie einer Hauswerkstatt und einer Hausmeisterwohnung. Sämtliche Arbeitsräume sind an die EDV-Anlage angeschlossen und zum größten Teil mit Terminals eingerichtet.

Die Außenstelle beim Auswärtigen Amt verfügt über neun Zimmer, die in Berlin-Lichterfelde, über zwölf Arbeitszimmer, einen Bibliotheks- und einen Vortragsraum. Beide Außenstellen sind mit PC-Arbeitsplätzen ausgestattet.

Das Netzwerk des Instituts für Zeitgeschichte umfasst insgesamt 94 PCs und fünf Server (Stand: September 2002). Im Serverbereich werden zwei Server mit Microsoft, zwei Server mit Linux und ein Großrechner (RM400) mit Unix eingesetzt.

Das IfZ verfügte 2001 insgesamt über 47,75 Planstellen. Der **Personal-Ist-Bestand** zum Stichtag (31.12.2001) betrug 78 Personen (siehe Anhang 4 und 5). Der Stellenplan weist 21 Stellen für wissenschaftliches und leitendes Personal aus. Von diesen Stellen war eine nicht besetzt. 35 wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen (35 Personenjahre) waren zum Stichtag beschäftigt, darunter 15 drittmittelfinanziert. Das wissenschaftliche und Leitungspersonal verteilt sich auf mehrere Bereiche (vgl. Anhang 5): 33 der insgesamt 36 Stellen für Wissenschaftler/-innen gehören zum Forschungsbereich, die Bibliothek verfügt über eine und das Archiv über zwei Stellen für Wissenschaftler/-innen.

33 % der Mitarbeiter/-innen des wissenschaftlichen und leitenden Personals (gerechnet in Personenjahren) sind mit befristeten Verträgen angestellt (alle aus dem Forschungsbereich). Die Stellen im Bereich Bibliothek und Archiv sind unbefristet besetzt. 36 % aller wissenschaftlich und leitenden Beschäftigten sind zwischen 30 und 39 Jahren alt, 39 % zwischen 40 und 49 Jahren, 25 % sind 50 Jahre und älter. Es gibt keine wissenschaftlich und leitend Beschäftigten unter 30 Jahren. 22 % der wissenschaftlichen und leitenden Mitarbeiter/-innen arbeiten 10 Jahre und länger am IfZ, 11 % 20 Jahre und länger.

Wissenschaftliches Personal wird in der Regel über öffentliche Ausschreibungen in der Wochenzeitung „Die Zeit“ gewonnen. Auf Grundlage der eingegangenen Bewerbungen erstellt der Direktor einen Personalvorschlag. Hierzu nimmt zunächst der Wissenschaftliche Beirat Stellung. Über den Vorschlag des Direktors entscheidet der Stiftungsrat unter Berücksichtigung des Votums des Beirats. In der Außenstelle im Auswärtigen Amt in Berlin ist zusätzlich die Stellungnahme des Herausbergremiums sowie des Auswärtigen Amtes einzuholen. Doktoranden und Doktorandinnen werden nach BAT IIa/2 beschäftigt. Wissenschaftliches Personal aus dem Ausland war bisher nur in Ausnahmefällen am IfZ beschäftigt.

Trotz der hohen Zahl promovierter Bewerber sieht das IfZ einen Mangel an Kandidat(inn)en, die für die Tätigkeit im IfZ ausreichend qualifiziert sind. Wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die sich durch langjährige Projektarbeit im IfZ ausgewiesen haben, können oft nicht weiter-

beschäftigt werden, weil keine Planstellen vorhanden sind oder aber die rechtlichen Voraussetzungen fehlen, die Beschäftigung auf Zeit fortzusetzen.

Seit der letzten Evaluierung hat das IfZ durch Stellenstreichungen Personaleinbußen hinnehmen müssen. Schwierig sei die personelle Situation laut IfZ besonders in der Verwaltung. Trotz ständig wachsender Aufgaben, so z. B. durch die Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung, habe es keine Personalaufstockung gegeben. Die Personalsituation im Forschungsbereich in München sei dadurch gekennzeichnet, dass ein Großteil der Arbeitszeit der Wissenschaftler/-innen durch Serviceleistungen absorbiert werde, so dass für die eigentlichen Forschungsarbeiten weniger als die Hälfte der Arbeitszeit zur Verfügung stehe. Zudem könne eine Stelle zzt. nicht besetzt werden, da nur durch die dadurch erzielten Einsparungen der Großteil der Mittel für die DFG-Abgabe aufgebracht werden könne. Auch die dringend benötigten Mittel für Gastwissenschaftler/-innen müssten größtenteils zur Deckung von Kürzungen aufgebracht werden. Die EDV-Systemadministration werde zzt. von zwei Mitarbeitern auf Honorarbasis geleistet. Dies sei angesichts der notwendigen umfassenden EDV-Betreuung und im Hinblick auf die Zukunftsplanung ungenügend. Dringend erforderlich sei daher die Schaffung einer entsprechenden BAT IIa-Stelle.

Angesichts der ungünstigen generellen Rahmenbedingungen sei die Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts wenig sinnvoll. Die ungünstigen Aussichten für habilitierte Mitarbeiter/-innen des IfZ auf einen Ruf an eine Universität, die bestehende Altersstruktur der Mitarbeiter/-innen sowie die fehlenden Mittel für den personellen Ausbau stehen dem entgegen.

5. Nachwuchsförderung und Kooperationen

Im Rahmen der **Nachwuchsförderung** haben in den Jahren 1999 bis 2001 vier Mitarbeiter des IfZ den Magisterabschluss erworben, zwei Mitarbeiter sind promoviert worden und vier Mitarbeiter habilitierten sich. Weitere Habilitationsverfahren sind eingeleitet oder stehen unmittelbar bevor. Begleitende Veranstaltungen für Doktorand(inn)en werden vom Institutsdirektor als Hochschullehrer an der LMU München angeboten. Das IfZ bietet außerdem studienbegleitende Praktika an. Die Zahl der Praktikant(inn)en belief sich in den letzten drei Jahren auf 94. Sie waren meist für sechs Wochen am Institut tätig (Minstdauer), einige wenige absolvierten längere Praktika (bis zu drei Monaten). Die Praktikant(inn)en kamen von Universitäten aus ganz Deutschland, drei auch aus dem Ausland (Straßburg, Edinburg und Bologna).

Der Institutsdirektor ist zugleich Lehrstuhlinhaber an der LMU München, mit der auch ein **Kooperationsabkommen** besteht. Der stellvertretende Direktor ist Honorarprofessor an der Universität Regensburg. Mehrere Mitarbeiter lehren als Privatdozenten an den Universitäten Regensburg, Leipzig, Münster und Stuttgart. Lehraufträge wurden wahrgenommen an der LMU München, der HU Berlin, der FU Berlin, sowie an den Universitäten Eichstätt, Bonn, Regensburg, der Universität der Bundeswehr Neubiberg und der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin.

Das IfZ hat vor einigen Jahren eine stärkere Kooperation mit Einrichtungen in West- und Südeuropa begonnen. Außerdem weist das IfZ auf Projekte hin, die in Kooperation mit der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik durchgeführt werden. Schließlich betreibt das IfZ Forschungsprojekte und veranstaltete Kolloquien u. a. in Verbindung mit der Deutsch-russischen Historikerkommission und der „Association internationale d’histoire contemporaine de l’Europe“ (AIHCE).

Obwohl laut IfZ ein großes Interesse ausländischer Wissenschaftler/-innen an einem **Gastaufenthalt** am IfZ besteht, konnten solche Aufenthalte nicht finanziert werden, da die im Wirtschaftsplan hierfür vorgesehenen Mittel für andere Aufgaben verwandt werden mussten. Aufenthalte von ausländischen Wissenschaftler(inne)n am IfZ sind durch den DAAD oder durch andere Stellen finanziert worden. Seit der letzten Evaluierung waren drei Humboldt-Stipendiat(inn)en am IfZ tätig. Als Benutzer/-innen von Archiv und Bibliothek betreuten die Mitarbeiter/-innen des IfZ in den letzten drei Jahren 236 ausländische Besucher.

Vier Mitarbeiter/-innen des IfZ waren während der letzten drei Jahre an Hochschul- bzw. Forschungseinrichtungen im europäischen Ausland tätig. Zwei dieser Aufenthalte währten länger als drei Monate.

6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz

Arbeitsergebnisse des IfZ sind in erster Linie neue Erkenntnisse in den unter 2. näher beschriebenen Forschungsfeldern und deren Verbreitung sowie Serviceleistungen von Archiv und Bibliothek und Beratungstätigkeiten.

Die **Publikationsreihen** des IfZ sind unterschiedlich konzipiert. In der „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ werden relativ kurze Manuskripte veröffentlicht, deren Themen für ein größeres – nicht unbedingt fachspezifisches – Publikum von Interesse sind; die Auflage beträgt 4.200 Exemplare, von denen im Jahre 2002 gut 3.100 (davon ca. 700 ins Ausland) verkauft wurden. In der Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ werden vorzugsweise die Ergebnisse von Forschungsprojekten des IfZ veröffentlicht, in der Reihe der „Studien zur Zeitgeschichte“ in erster Linie Fremdmanuskripte. Sowohl bei der „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ als auch bei den „Studien zur Zeitgeschichte“ wird angestrebt, ein breites Themenspektrum abzudecken. In der Reihe der „Texte und Materialien zur Zeitgeschichte“ werden Inventare, Handbücher und Quellentexte veröffentlicht. Die großen Editionsprojekte („Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, „Die Tagebücher von Joseph Goebbels“ und „Hitler: Reden, Schriften, Anordnungen“) erscheinen in eigenen Reihen. Von 1999 - 2001 hatten alle Institutsangehörigen zusammen 298 Veröffentlichungen aufzuweisen (28 in Autorenschaft, 62 in Herausgeberschaft, 141 Beiträge zu Sammelwerken, 67 Aufsätze in referierten Zeitschriften und 6 elektronische Veröffentlichungen).

Die **Vermittlung von Arbeitsergebnissen** an die wissenschaftliche Öffentlichkeit wird in erster Linie durch die Publikationen erreicht. Von Bedeutung – vor allem für die Wirkung auf eine breitere Öffentlichkeit – ist auch, dass große Tageszeitungen (FAZ, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung) z. T. ausführlich über Aufsätze der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte berichten. Ein besonders markantes Beispiel hierfür ist der Aufsatz von Bogdan Musial über die Mängel der ersten sogenannten Wehrmachtsausstellung. Wichtig sind auch Vorträge und Diskussionsveranstaltungen sowie Buchpräsentationen, deren Zahl seit der letzten Evaluierung deutlich gestiegen ist.

Die Ergebnisse von Forschungen des IfZ schlagen sich auch in der Gutachtenerstellung und in der Dokumentation Obersalzberg nieder. Seit seinem Bestehen hat das IfZ eine große Zahl von Gutachten für Gerichte, Behörden und Privatpersonen erstellt, die zunächst allein die Zeit des Nationalsozialismus betrafen, seit etlichen Jahren aber auch die DDR und die Bundesrepublik einbeziehen. Die bekanntesten Gutachten sind für den Frankfurter Auschwitz-Prozess erstellt worden. Obwohl die Bedeutung der Gutachten zurückgegangen ist, wurden von 1999 bis 2001 noch 64 Gutachten erstellt und 195 Anfragen beantwortet.

Die Dokumentation Obersalzberg haben bisher mehr als 350 000 Personen (darunter über 1 000 Schulklassen) besucht. Der Begleitband „Die tödliche Utopie“ liegt inzwischen in vierter Auflage vor. Die Webseite „www.obersalzberg.de“ verzeichnet seit November 1999 mehr als 8 250 000 Zugriffe. Auch Archiv und Bibliothek des IfZ werden in starkem Maße von externen Benutzer(inne)n frequentiert. Im Archiv werden zeitgeschichtliche Quellen gesammelt, erschlossen und zugänglich gemacht (u. a. Nachlässe von Politiker(inne)n, Diplomat(inn)en, Wissenschaftler(inne)n und Publizist(inn)en, Akten von Parteien und Verbänden, Dokumente aus den Nürnberger Prozessen und aus Verfahren gegen NS-Straftäter). Bei der Bibliothek handelt es sich um eine wissenschaftliche Spezialbibliothek für Zeitgeschichte, die zurzeit etwa 175 000 Medieneinheiten umfasst (zuzüglich einer Arbeitsbibliothek in der Außenstelle Berlin mit 10 000 Bänden). Die Bestände der Bibliothek sind seit dem Erscheinungsjahr 1995 über einen Online Katalog recherchierbar. Die Altbestände werden im Wege eines Retrokatalogisierungsverfahrens ebenfalls für die EDV-Recherche vorbereitet; das Projekt soll im Jahre 2004 abgeschlossen sein. Auch die Bestände des Archivs sind z. T. elektronisch erschlossen und können über die Website des Instituts recherchiert werden.

Im Berichtszeitraum bekleideten Mitarbeiter des IfZ u. a. folgende Ämter: Der Direktor des IfZ, Prof. Möller, ist u. a. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland und Co-Vorsitzender der Deutsch-Russischen Historikerkommission, Prof. Wengst ist Mitglied des Expertengremiums zur Beratung der Bundesregierung bei der Gedenkstättenförderung, Dr. Buddrus ist stellv. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Archivs der deutschen Jugendbewegung und Dr. habil. Mehringer ist beratendes Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Die Verdienste von Institutsmitgliedern wurden mit einer Vielzahl von **Auszeichnungen** gewürdigt. Im Berichtszeitraum erhielt Prof. Dr. Horst Möller den Prix Lémonon der Académie des Sciences morales et politiques (1996) sowie die Ehrendoktorwürde der Universität Bordeaux (1998), Dr. Jürgen Klöckler erhielt den Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Universität Konstanz (1997), Dr. habil. Hartmut Mehringer erhielt den Prix Philippe Viannay-Défense de la France (2000) und Dr. Dietmar Süß erhielt den Nachwuchsförderpreis des Arbeitskreises für kritische Industrie- und Unternehmensgeschichte (2000) sowie den Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft (2002).

Im Berichtszeitraum haben zwei Wissenschaftler des IfZ einen Ruf an eine deutsche Hochschule erhalten, ein Mitarbeiter erhielt eine Anstellung als Maitre de conférence an der Sorbonne (Paris).

7. Empfehlungen des Wissenschaftsrats und ihre Umsetzung

a) Konzentration des Forschungsprogramms auf wenige große Schwerpunkte; Ausgangspunkt sollte der Nationalsozialismus sein; Verzahnung der deutschen Geschichte mit europäischen Entwicklungen

Das IfZ hat neue Projekte (größere Projekte und Einzelprojekte) zur Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Nachwirkungen gestartet, darunter auch vergleichende Untersuchungen (Italien, UdSSR, Polen, CSR, DDR).

b) Stärkere Berücksichtigung von Forschungen zur Geschichte der Bundesrepublik

Die Forschungsaktivitäten im Bereich der Bundesrepublik- und der DDR-Geschichte sind verstärkt worden (vgl. oben S. A-3)

- c) *Die Rolle des Wissenschaftlichen Beirats sollte verstärkt und seine Zusammensetzung verändert werden. Es sollten insbesondere die Aspekte der Interdisziplinarität und der Überregionalität Berücksichtigung finden. Die Mitgliedschaft sollte auf zwei Amtsperioden begrenzt werden.*

Der Wissenschaftliche Beirat hat in den letzten Jahren alle größeren Projekte des IfZ diskutiert, vorliegende Manuskripte – aus dem Haus sowie von externen Autoren – begutachtet und Anregungen für die wissenschaftliche Arbeit gegeben. Seit der letzten Evaluierung sind sechs Beiratsmitglieder neu berufen worden, darunter zwei ausländische Wissenschaftler sowie zwei Wissenschaftler aus Nachbardisziplinen. Auf Beschluss des Stiftungsrats soll der Wissenschaftliche Beirat künftig auf zwölf Mitglieder begrenzt werden. Diese Zahl schließt den Präsidenten bzw. die Präsidentin des Bundesarchivs und den/die Generaldirektor/in der Bayerischen Archive, die dem Gremium qua Amt angehören, nicht ein. Außerdem ist nunmehr eine Begrenzung der Mitgliedschaft auf zwei Amtsperioden vorgesehen, wobei aber Ausnahmen möglich sein sollen.

- d) *Die Detailsteuerung durch den Stiftungsrat sollte begrenzt werden*

Mit Beschluss des Stiftungsrats vom 1997 wurde der folgende Satz aus der Stiftungsurkunde ersatzlos gestrichen: „Er (der Stiftungsrat) kann dem Institut im Rahmen des § 2 Aufträge erteilen.“

- e) *Stärkung der Drittmittelwerbung*

Die vom IfZ eingeworbenen Drittmittel beliefen sich auf knapp 1,5 Mio € im Jahr 2001 und konnten damit seit der letzten Evaluierung durch den Wissenschaftsrat deutlich gesteigert werden (zum Vergleich: 0,8 Mio € im Jahr 1994). Obwohl sich das IfZ nach eigenen Angaben in den vergangenen Jahren stark bemüht habe, Drittmittel einzuwerben, seien mehrere sehr gut begründete Anträge abgelehnt worden. Zwei Anträge wurden von der VW-Stiftung abgelehnt (ein Gemeinschaftsprojekt mit der Universität Leipzig „Sachsen – Land unter zwei Diktaturen 1933-1989“, abgelehnt 1996 und „Soziale Folgen der totalitären Transformation in Polen, Ungarn, in der Tschechoslowakei und in der SBZ/DDR von 1948 bis in die sechziger Jahre“, abgelehnt 2002). Ein Projekt in Verbindung mit dem Bundesarchiv und den Lehrstühlen Hildebrand (Bonn) und Hockerts (LMU München) zur Erstellung eines Handbuches der Behörden, Einrichtungen, Organisationen und Verbände sowie der Verwaltungsstruktur insgesamt und der dazugehörigen Funktionsebenen des Dritten Reiches wurde von der DFG abgelehnt (in den Jahren 1998 und 2000). Die Ablehnung sei nach Angaben des IfZ erfolgt, obwohl die DFG die wissenschaftliche Bedeutung dieses Forschungsvorhabens anerkannt habe. Die Bedeutung des Vorhabens werde auch dadurch deutlich, dass einige Mitglieder der Bewertungsgruppe bereits bei der letzten Evaluierung durch den Wissenschaftsrat, als Vorüberlegungen zu diesem Projekt vorgetragen wurden, nachdrücklich dazu geraten hätten, einen entsprechenden Förderungsantrag bei der DFG einzureichen.

- f) *Etwa ein Drittel aller Wissenschaftler/-innen auf Planstellen sollte befristet eingestellt werden*

Im Jahr 2001 waren alle 20 Wissenschaftler/-innen auf Planstellen unbefristet beschäftigt. Vier Planstellen sind seit der letzten Evaluierung neu besetzt worden. Von den 15 Drittmittelstellen waren 12 befristet besetzt, während 3 Stellen im Auswärtigen Amt unbefristet besetzt waren.

- g) Befristet angestellte und durch Drittmittel finanzierte Nachwuchswissenschaftler/-innen sollten nicht hauptsächlich mit Erschließungsprojekten betraut werden, die der wissenschaftlichen Qualifikation wenig dienlich sind*

Die Arbeit wurde umverteilt, so dass Editionsarbeiten nun zum großen Teil unbefristet angestellten Mitarbeiter(inne)n übertragen werden. Allerdings müssen in der Außenstelle im Auswärtigen Amt auch befristet angestellte Mitarbeiter/-innen mit Editionsarbeiten betraut werden, da der Vertrag zwischen dem IfZ und dem Auswärtigen Amt ausschließt, dass alle in der Außenstelle tätigen Wissenschaftler/-innen unbefristet angestellt werden.

- h) Es sollten vermehrt Tagungen durchgeführt werden*

Nach Angaben des IfZ sind seit 1996 40 Tagungen, Kolloquien, Workshops, Podiumsdiskussionen und Buchpräsentationen veranstaltet worden, oft in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder Verlagen und oft mit internationaler Beteiligung. Insgesamt haben Wissenschaftler/-innen aus 13 Nationen hieran teilgenommen, darunter insbesondere aus Frankreich, den Niederlanden, Russland, Israel, Italien, Österreich und den USA. Diese Veranstaltungen fanden zum größten Teil in Verbindung mit Forschungsprojekten oder Buchpublikationen des Instituts statt. Außerdem haben zahlreiche ausländische Historiker/-innen Vorträge vor den Wissenschaftler(inne)n des Instituts gehalten. Besonders stark vertreten waren Kolleg(inn)en aus Frankreich, Israel, Russland und den USA.

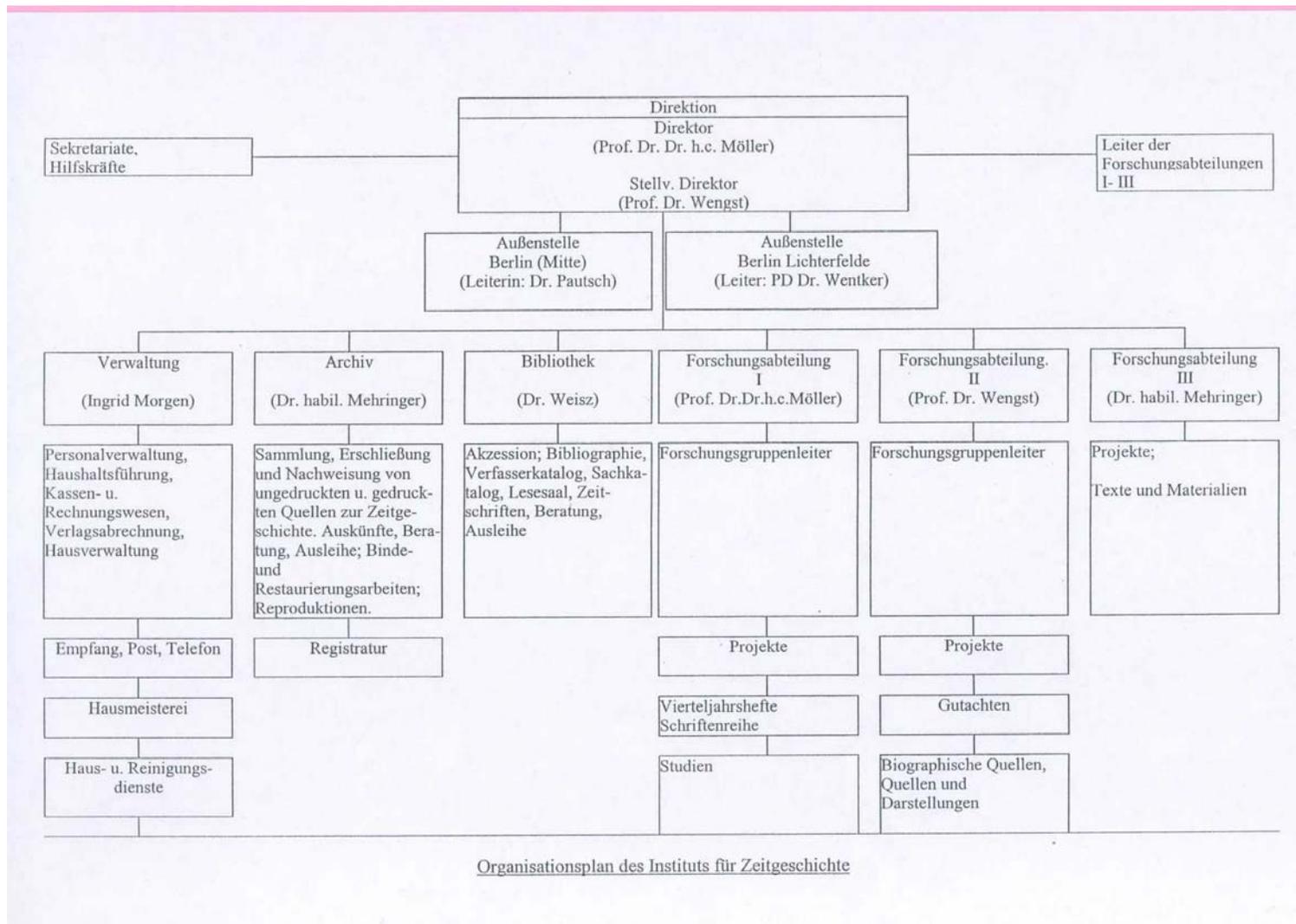
- i) Der Austausch mit Gastwissenschaftler/-innen sollte intensiviert werden*

Laut IfZ konnten Aufenthalte von Gastwissenschaftler/-innen nicht finanziert werden, da die hierfür vorgesehenen Mittel zur Aufbringung der DFG-Abgabe verwandt werden mussten.

- j) Die Beziehungen zur LMU und zu anderen nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen sollten verstärkt werden; die Beziehung zum Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam) sollten ausgebaut werden*

Durch die Transferierung des Lehrstuhls von Prof. Möller von Regensburg an die LMU München wurden die Kontakte zur LMU intensiviert. Es bestehen aber weiterhin enge Verbindungen zur Universität Regensburg, da Prof. Wengst dort zum Honorarprofessor berufen wurde und PD Dr. Kittel dort habilitiert worden ist. Mehrere Mitarbeiter lehren als Privatdozenten an den Universitäten Regensburg, Leipzig, Münster und Stuttgart. Zu anderen nationalen Universitäten (z. B. Berlin, Eichstätt und Bonn) bestehen Beziehungen durch die Übernahme von Lehraufträgen einzelner Institutsmitarbeiter. Auch mit ausländischen Einrichtungen sei die Zusammenarbeit intensiviert worden, so z. B. mit dem „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“ in Wien, dem „Institut d’Histoire du Temps Présent“ in Paris, oder dem „Istituto nazionale per la storia del movimento di liberazione“ in Italien. Mit dem „Zentrum für Zeithistorische Forschung“ in Potsdam haben gemeinsame Veranstaltungen stattgefunden, ebenso mit dem „Deutschen Historischen Institut“ in London, dem „Deutschen Historischen Institut“ in Warschau, mit der Deutsch-russischen Historikerkommission, mit dem „Institut d’études politiques“ der „Fondation Nationale des Sciences Politiques“ in Paris u. a. m.

Anhang 1: Organigramm



Anhang 2**Mittelausstattung und -verwendung**

(Finanzierung / Ausgaben in 1.000 €)

	2001	2000	1999
I. Mittelausstattung (Finanzierung)	5 360	5 106	4 831
1.1 Institutionelle Förderung	3 900	3 790	3 432
- Land/Länder ¹	1 814	1 788,5	1 654,5
- Bund ¹	1 814	1 788,5	1 654,5
- übrige institutionelle Förderung ²	272	213	123
<i>Anteil an Gesamtmittelausstattung</i>	73 %	74 %	71 %
1.2 Forschungsförderung ³	1 460	1 316	1 399
<i>Anteil an Gesamtmittelausstattung</i>	27 %	26 %	29 %
1.3 FuE-Aufträge, Dienstleistungen, Lizenzen ³	-	-	-
<i>Anteil an Gesamtmittelausstattung</i>			
1.4. Übrige Mittel von Dritten	-	-	-
<i>Anteil an Gesamtmittelausstattung</i>			
II. Ausgaben	5 360	5 106	4 831
2.1 Personal	3 870	3 886	3 828
2.2 Sachmittel	1 139	1 018	936
2.3 Investitionen (ohne Bauinvestitionen)	59	51	0
2.4 Bauinvestitionen ⁴	292	151	67
2.5 Ggf. Sonderpositionen	-	-	-
2.6 Nachrichtlich: DFG-Abgabe ⁵	92	89	79

¹ Zuwendung bzw. Anteile entsprechend BLK-Beschluss² Sonderfinanzierungen, Zuwendungen aus EU-Fonds etc.³ Tatsächliche Finanzierung des jeweiligen Jahres, ohne durchlaufende Posten⁴ Bauinvestitionen, mehrjährige Bauerhaltungsmaßnahmen, sofern der Ansatz im Haushaltsjahr 500 000 € überschreitet⁵ DFG-Abgabe wird jährlich direkt vom Sitzland überwiesen.

Anhang 3**Drittmittel nach Abteilungen/Schwerpunkten¹**

(Ausgaben in 1 000 €)

	2001	2000	1999
I. Insgesamt	1 460	1 316	1 399
- DFG	3	50	67
- Bund	1154	1044	840
- Land/Länder	248	196	434
- EU-Projektmittel	-	-	-
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	55	26	58
- Aufträge, Wirtschaftskooperationen, Dienstleistungen, Lizenzen	-	-	-
- Sonstige	-	-	-
II. Nach Arbeitseinheiten			
München	556	543	620
- DFG	3	50	67
- Bund	250	271	61
- Land/Länder	248	196	434
- EU-Projektmittel	-	-	-
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	55	26	58
- Aufträge, Wirtschaftskooperationen, Dienstleistungen, Lizenzen	-	-	-
- Sonstige	-	-	-
Außenstelle Berlin	153	73	79
- DFG	-	-	-
- Bund	153	73	79
- Land/Länder	-	-	-
- EU-Projektmittel	-	-	-
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	-	-	-
- Aufträge, Wirtschaftskooperationen, Dienstleistungen, Lizenzen	-	-	-
- Sonstige	-	-	-
Außenstelle im Auswärtigen Amt	751	700	700
- DFG	-	-	-
- Bund	751	700	700
- Land/Länder	-	-	-
- EU-Projektmittel	-	-	-
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	-	-	-
- Aufträge, Wirtschaftskooperationen, Dienstleistungen, Lizenzen	-	-	-
- Sonstige	-	-	-

¹ Tatsächliche Ausgaben im jeweiligen Jahr nach Finanzierungsquellen, ohne durchlaufende Posten usw.

Anhang 4

Stellenplan und Personalbestand
- nach Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen -
für das Jahr 2001

	Anzahl Stellen (Soll laut Haushalt)	Beschäftigte ²	Darunter Frauen
Insgesamt	47,75	84,75	45,25
1. wissenschaftliches und leitendes Personal	21	35	7
- S (B4 und höher), C4	-	-	-
- S (B2, B3), C1	1	1	0
- I, A16	1	1	0
- Ia, A 15	5	6	1
- Ib, A 14	7	7	2
- IIa, A 13	7	20	4
2. übriges Personal	26,75	38,25	34,25
- III, IV, A 12, A 11, A 10	1	1	1
- V, A 9, A 8	8	13,5	12,5
- VI, A7	6	7	7
- VII, VIII, A 6, A 5	10	15	13
- Lohngruppen, sonstiges Personal	1,75	1,75	0,75
3. Annexpersonal¹	-	11,5	4
- wissenschaftliches Personal (IIa und höher)	-	1	0
- Doktorand(inn)en ³	-	3	1
- übrige	-	7,5	3

¹ Im Haushaltsplan außerhalb des Stellenplans veranschlagte Personalausgaben

² Alle Beschäftigten in Personenjahren (entsprechend Gesamtzahl in Anhang 5)

³ Nur Doktorand(inn)en, die aus Annexmitteln bezahlt werden

Anhang 5

Personal¹ nach Arbeitseinheiten

- Ist-Bestand in Personen zum Stichtag (31.12.2001) sowie in Personenjahren (Vollzeitäquivalenten) für das Jahr 2001 -

	Personal		in Personenjahren (Vollzeitäquivalente)					
	insgesamt	insgesamt Anzahl	befristet besetzt		Frauen		Frauen in befristeten Positionen	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	% ⁴
I. Insgesamt	78	65,75	17	26	31,75	48	4	13
- wiss. und leitendes Personal ²	36	36	12	33	7	19	2	29
- Doktorand(inn)en ³	3	1,5	1,5	100	0,5	33	0,5	100
- übriges Personal	39	28,25	3,5	12	24,25	86	1,5	6
- Auszubildende	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Nach Arbeitseinheiten								
Verwaltung / Infrastruktur	6	4,75	-	-	3,75	79	-	-
- IIa und höher	-	-	-	-	-	-	-	-
- übriges Personal	6	4,75	-	-	3,75	79	-	-
Abteilung 1 (Forschung)	48	43	13	30	16	37	3	19
- wiss. und leitendes Personal ²	33	33	12	36	7	21	2	29
- Doktorand(inn)en ³	3	1,5	1,5	100	0,5	33	0,5	100
- übriges Personal	12	8,5	0,5	6	8,5	100	0,5	6
Abteilung 2 (Bibliothek)	10	7	0,5	7	5,5	79	-	-
- wiss. und leitendes Personal ²	1	1	-	-	-	-	-	-
- Doktorand(inn)en ³	-	-	-	-	-	-	-	-
- übriges Personal	9	6	0,5	8	5,5	92	0	-

	Personal		in Personenjahren (Vollzeitäquivalente)					
	insgesamt	insgesamt	befristet besetzt		Frauen		Frauen in befristeten Positionen	
			Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Abteilung 3 (Archiv)	14	11	2,5	23	6,5	59	1	15
- wiss. und leitendes Personal ²	2	2	-	-	-	-	-	-
- Doktorand(inn)en ³	-	-	-	-	-	-	-	-
- übriges Personal	12	9	2,5	28	6,5	72	1	15

¹ Personen, die aus Mitteln der Einrichtung finanziert werden (einschl. Auszubildende und Gastwissenschaftler/innen, wenn aus Mitteln der Einrichtung vergütet oder aus Drittmitteln etc. finanziert, jedoch ohne Praktikant(inn)en, Diplomand(inn)en, Hilfskräfte und sonstige Werkvertragsverhältnisse)

² IIa und höher, ohne Doktorand(inn)en

³ Doktorand(inn)en soweit aus Einnahmen der Einrichtung (inkl. Drittmittel) finanziert

⁴ Anzahl befristet angestellte Frauen pro Frauen insgesamt

Anhang 6**Veröffentlichungen**- Anzahl insgesamt und nach Abteilungen bzw. Schwerpunkten¹ -

	2001	2000	1999
I. Insgesamt	102	95	107
- Monographien (Autorenschaft)	12	8	8
- Monographien (Herausgeberschaft)	19	21	22
- Beiträge zu Sammelwerken	46	44	51
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	21	22	24
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	-	-	-
- Elektronische Veröffentlichungen ²	4	-	2
II. Nach Arbeitseinheiten			
München	65	71	72
- Monographien (Autorenschaft)	7	7	4
- Monographien (Herausgeberschaft)	15	15	19
- Beiträge zu Sammelwerken	28	34	36
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	11	15	13
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	-	-	-
- Elektronische Veröffentlichungen ²	4	-	1
Außenstelle Berlin	25	19	27
- Monographien (Autorenschaft)	3	-	3
- Monographien (Herausgeberschaft)	2	2	1
- Beiträge zu Sammelwerken	11	10	13
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	9	7	9
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	-	-	-
- Elektronische Veröffentlichungen ²	-	-	1
Außenstelle im Auswärtigen Amt	12	5	8
- Monographien (Autorenschaft)	2	1	1
- Monographien (Herausgeberschaft)	2	4	2
- Beiträge zu Sammelwerken	7	-	3
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	1	-	2
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	-	-	-
- Elektronische Veröffentlichungen ²	-	-	-

¹ Jede Veröffentlichung wurde nur einmal gezählt² Nur elektronische Veröffentlichungen, die nicht auch in anderer Form publiziert wurden

Anhang 7

Liste der vom IfZ eingereichten Unterlagen

- Bericht des IfZ (basierend auf dem Fragenkatalog des Senatsausschusses Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft einschließlich Tabellenteil)
- Organigramm
- Namen der Abteilungsleiter/innen
- Stiftungsurkunde
- Arbeitsprogramm
- Jahresbericht 2001
- Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats
- Mittelausstattung und –verwendung
- Drittmittel nach Abteilungen/Schwerpunkten
- Übersicht über Drittmittelprojekte der letzten drei Jahre
- Wirtschaftsplan 2003
- Stellenübersicht
- Stellenplan und Personalbestand nach Besoldungs- und Vergütungsgruppen
- Personal nach Abteilungen/Schwerpunkten
- Wissenschaftliches und leitendes Personal: Alter und Beschäftigungsdauer
- Gastaufenthalte am IfZ
- Gastaufenthalte von Institutsangehörigen bei anderen Einrichtungen
- Quantitative Übersicht zu den Publikationen der letzten drei Jahre
- Liste der Publikationen der letzten drei Jahre



Anlage B: Bewertungsbericht

Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München - Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassende Bewertung und Bedeutung der Einrichtung	2
2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte	2
3. Struktur und Organisation	5
4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal	7
5. Nachwuchsförderung und Kooperation	7
6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz	9
7. Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates	9
8. Zusammenfassung der Empfehlungen der Bewertungsgruppe	10

Anhang: Mitglieder und Gäste der Bewertungsgruppe

1. Zusammenfassende Bewertung und Bedeutung der Einrichtung

Das IfZ führt national und zum Teil auch international anerkannte gute bis sehr gute Forschung durch. Ein Teil der Forschungsprojekte ist als herausragend anzusehen. Im In- und Ausland genießt das IfZ seit Jahren einen guten Ruf. Einige größere Projekte, die lange Zeit mit Problemen behaftet waren, sind in jüngster Zeit erfolgreich beendet worden bzw. stehen kurz vor dem Abschluss. Maßstäbe für die zeitgeschichtliche Forschung in Deutschland wurden u. a. mit dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973“ gesetzt. Um so mehr fällt auf, dass dem Institut ein konsistentes Forschungsprogramm und klare Perspektiven für seine künftige Entwicklung fehlen. Das IfZ muss wieder eine intellektuelle Vorreiterrolle in der zeithistorischen Forschung übernehmen, die das Institut in früheren Jahrzehnten inne hatte. Das Institut sollte eine Fokussierung seines Arbeitsprogramms mit der Ausrichtung auf innovative Ziele vornehmen, um ein klareres wissenschaftliches Profil zu gewinnen. Dies hat bereits der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme von 1996 gefordert und dazu eine Reihe von Anregungen gegeben. Diese Empfehlungen sind bisher nur in Ansätzen aufgegriffen worden, wie z. B. die stärkere Hinwendung zu vergleichenden Ansätzen und die Beteiligung internationaler Fachvertreter im Beirat. In Teilen steht ihre Umsetzung noch aus. Sowohl die Zuwendungsgeber als auch der Wissenschaftliche Beirat müssen in Zukunft eine wesentlich aktivere Rolle spielen und die Entwicklung des Instituts im Sinne der genannten Empfehlungen mit dem Ziel anstoßen und begleiten, das IfZ zu einem international anerkannten Kompetenzzentrum der zeitgeschichtlichen Forschung in Deutschland zu gestalten.

2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte

Als Institut mit Schwerpunkt auf **politikzentrierter Zeitgeschichtsforschung** unterscheidet sich das IfZ deutlich vom eher sozial- und kulturgeschichtlich ausgerichteten Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam, der gesellschafts- und regionalgeschichtlich ausgerichteten Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und der interdisziplinär historisch-sozialwissenschaftlich orientierten Totalitarismusforschung am Hannah-Arendt-Institut (HAIT) in Dresden.

Das Forschungsprogramm des IfZ ist breit angelegt und umfasst die Geschichte des 20. Jahrhunderts, beginnend mit dem Ersten Weltkrieg. Die Grundstruktur des Forschungsprogramms – Demokratie und Diktatur – mit ihrer Betonung der deutschen Geschichte sollte beibehalten werden. Vor allem in komparativer Hinsicht sollten jedoch künftig intensiver als bisher Fragestellungen der **europäischen Geschichte** berücksichtigt werden, wie bereits im „Deutschland-Frankreich-Projekt“ geschehen. Eine allzu starke Ausdehnung des Forschungsprogramms wird dagegen für problematisch gehalten; eher sollten **klare Schwerpunkte** gesetzt werden, die von hoher Qualität und deutlich innovativem Potenzial gekennzeichnet sind. Es wird empfohlen, den Fokus auf wenige große Projekte zu legen, die nach einem längerfristigen, systematisch erarbeiteten Konzept ausgewählt werden. In dieser Beschränkung auf größere, langfristige Forschungsvorhaben sowie in der Kombination von Quellenarbeit und Forschung ist die Eigenständigkeit des IfZ als außeruniversitäre Forschungseinrichtung begründet und ist eine notwendige Ergänzung der universitären Forschung.

Das IfZ hat seit seinen Anfängen bis in die 80er Jahre hinein oft eine „**Leuchtturmfunktion**“ für die zeitgeschichtliche Forschung eingenommen, hat Paradigmen in thematischer sowie methodischer Hinsicht gesetzt und diese in vielbeachteten Tagungen in die Fachöffentlichkeit getragen. Diese Funktion muss das IfZ als politiknahes zeitgeschichtliches außeruniversitäres For-

schungsinstitut wieder deutlicher gewinnen. Vom IfZ sollten wieder **Innovationen** für die zeitgeschichtliche Forschung ausgehen, mittels derer es seine intellektuelle Führungsrolle zurückgewinnt.

Der Wissenschaftsrat hat dem IfZ bereits 1996 empfohlen, ein längerfristiges Konzept mit klaren Perspektiven zu entwickeln, das die wissenschaftliche Entwicklung für einige Jahre in groben Zügen vorzeichnet, ohne sie jedoch im Detail festzulegen. Ein solches **kohärentes Forschungsprogramm** muss nach wie vor angemahnt werden. Neben der Institutsleitung ist hier auch der Wissenschaftliche Beirat gefordert. Eckpunkte des künftigen Forschungsprogramms sollten der Nationalsozialismus, der innerdeutsche Diktaturvergleich und der Demokratievergleich sein. Die NS-Diktatur bildet den sachlichen Kernbereich des Forschungsprogramms, der, wenn das „Wehrmachtprojekt“ abgeschlossen ist und kein Anschlussprojekt folgt, in den Hintergrund gedrängt werden würde. Es sollte daher unbedingt wieder ein innovatives NS-spezifisches Forschungsprojekt entwickelt werden. Mit dem "Mecklenburg-Vorpommern-Projekt" ist ein erstes Projekt zum innerdeutschen Diktaturvergleich entwickelt worden. Es bleibt abzuwarten, welche Ergebnisse dieses Projekt zeitigt. Mindestens alle drei Jahre sollten die Projekte – unter Einbeziehung des Beirats – überprüft werden.

Zu den derzeitigen Arbeitsschwerpunkten des IfZ im Einzelnen ist folgendes anzumerken:

Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich: Dieses Projekt ist das erste im Rahmen des geplanten Schwerpunkts „Demokratieforschung“, dessen Gesamtkonzeption noch klarer herauszuarbeiten ist. Mittlerweile sind vier Bände erschienen, vier weitere sind in unterschiedlichen Stadien der Fertigstellung. Die einzelnen Bände, insbesondere die beiden Monographien (von Andreas Wirsching und Manfred Kittel), sind inhaltlich und methodisch hervorragend. Als Ganzes wirkt das Projekt dagegen etwas disparat. Die Inhomogenität liegt zum einen an dem methodischen Handicap, dass Deutschland seit 1933 eine Diktatur war, während die französische Demokratie bis zum Zweiten Weltkrieg labil war, aber bestehen blieb, und zum anderen auch daran, dass einer der vier Bände eine Biographie und ein anderer ein Tagungsband ist. Zudem müssten für einen aussagekräftigen Vergleich mehr als die zwei Fälle Deutschland/Frankreich untersucht werden. Die geplante Studie einer spanischen Doktorandin über die Zweite Spanische Republik und die Weimarer Republik weist hier in die richtige Richtung. Auch sollten künftig insbesondere mittel-, ost- oder südosteuropäische Vergleichsfälle einbezogen werden.

Politische Justiz unter Lenin, Stalin und Hitler: Dieses vergleichende Projekt ist zurzeit noch ein Einzelvorhaben mit großer Perspektive. Der Bearbeiter hat bisher hauptsächlich die Protokolle des sowjetischen Politbüros aus den 20er und 30er Jahren durchgearbeitet und wird dies angesichts der Materialfülle noch weiterhin zu tun haben. Das eigentlich Neue liegt in der entschiedenen empirischen Herangehensweise, die auf sozialwissenschaftliche Theorien über Faschismus, Kommunismus und Totalitarismus verzichtet und nach der Funktion politischer Justiz als Legitimation diktatorischer Macht fragt. Das Vorhaben soll als deutsch-russisches Gemeinschaftsprojekt fortgesetzt werden; der Umfang des Projekts wird vom Bearbeiter auf vier Monographien und einen Sammelband geschätzt. Bisher steckt das Projekt noch weitgehend in den Anfängen. So interessant es zu werden verspricht, so undeutlich sind bisher die Konturen des Vorhabens. Es sollte fortgeführt werden, aber erst nach Fertigstellung des Pilotbandes sollte endgültig entschieden werden, ob die geplante Ausweitung in Angriff genommen werden kann. Bei Weiterführung des Projekts müssen interdisziplinäre Aspekte unbedingt Berücksichtigung finden.

Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973: Das Projekt ist von herausragender Qualität. Es setzt in seiner engen Verbindung aus politik- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen, mit breiter Quellenbasis und hoher methodischer Selbstreflexion im nationalen wie internationalen Kontext Maßstäbe. Das Projekt ist weitgehend abgeschlossen, drei Bände sind bereits erschienen. Der Band von Dietmar Süß „Kumpel und Genossen“ (2003) wurde mit dem Doktorandenpreis der Leibniz-Gemeinschaft ausgezeichnet.

Reform und Revolte. Der Wandel der bundesdeutschen Gesellschaft in den 1960er und frühen 1970er Jahren: Ausgangspunkt des Projekts war eine Arbeit über die Reform des Zivildienstes, die weitgehend abgeschlossen ist. Eine Arbeit über Entwicklungshilfe schloss sich an. Weitere Projekte mit Bezügen zu einzelnen Kommunen, Ländern und Themenbereichen (Bayern, Hessen, Bildungs- bzw. Umweltpolitik, Homosexualität) werden derzeit konzipiert oder wurden gerade begonnen. Es ist bisher noch nicht deutlich, welche Leitfragen mit diesem Projekt beantwortet werden sollen, wie es sich in das mittlerweile vielfältige Forschungsgeschehen des IfZ insgesamt einordnet und in welcher Beziehung die zum Teil disparaten Einzelvorhaben zueinander stehen. Im Fall der Fortführung dieses Projekts sollten daher zunächst die konzeptionellen sowie empirischen Grundlagen und insbesondere die Einbindung in das Forschungsprogramm des IfZ geklärt werden. Dabei sollte als Alternative ernsthaft erwogen werden, diesen Programmschwerpunkt einzustellen.

Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur: Mit diesem Projekt hat sich mittlerweile bei den Bearbeitern so viel Spezialkenntnis angesammelt, dass das Vorhaben gewiss als das ehrgeizigste und arrivierteste derzeit laufende Projekt zur Geschichte der Wehrmacht in Deutschland bezeichnet werden darf. Der Projektgruppe ist mit Nachdruck zu empfehlen, dass sie nach Abschluss der gegenwärtigen Arbeiten zu den Jahren 1941/42 auch die letzte Phase des Krieges in den Blick nimmt. Nur durch die Analyse der Jahre 1942/43 bis 1944/45 lässt sich die immer schnellere Transformations-Dynamik des Krieges verstehen. Außerdem bietet der personenbezogene Zugriff eine große Chance: Durch die Möglichkeit, Milieuprägungen, Erziehungsmuster und Wertvorstellungen der Akteure einzubeziehen, kann die Geschichte der Offiziere in die Geschichte des Jahrhunderts eingebaut werden. Diese Perspektive wäre in der militärhistorischen Forschung neu, in der Zeitgeschichte wird sie bisher erst vereinzelt eingenommen. Sie ermöglicht es, politikgeschichtliche Zugänge mit ideengeschichtlichen und anthropologischen bzw. generationengeschichtlichen Zugangsweisen zu verbinden. Trotz des exzellenten Eindrucks dieses Forschungsvorhabens verweist das Wehrmachtsprojekt insgesamt aber auf ein strukturelles Problem des Instituts: Es bezieht sich in seiner Fragestellung auf die durch die Ausstellung zur Wehrmacht im Vernichtungskrieg, die vom Hamburger Institut für Sozialforschung konzipiert wurde, aufgeworfenen und öffentlich kontrovers diskutierten Fragen. Eine eigene Initiative des Instituts in solchen Kontexten hingegen gab es nicht.

SBZ/DDR-Geschichte: Der Außenstelle Berlin-Lichterfelde kann insgesamt eine ausgezeichnete Forschungsleistung zur SBZ/DDR-Geschichte attestiert werden. In den letzten Jahren sind gewichtige Untersuchungen zu relevanten Sektoren des sozialistischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erschienen. Das betrifft vor allem die Transformation des Justizwesens, auf zentraler, aber auch länder- und regionalspezifischer Ebene; die Vertriebenenproblematik sowie die damit eng zusammenhängende Frage der Arbeitsmarktpolitik. Bisher sind drei Sammelbände zu Entstehung und Entwicklung der SBZ/DDR publiziert worden, die sich durch solide Einzelrecherchen und fundierte Analysen auszeichnen. Die Verfilmung von Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) stellt Quellendokumentation im klassischen Sinne dar, die nur ein außeruniversitäres Institut wie das IfZ leisten kann. Der

Anfang der 1980er Jahre abgeschlossenen Verfilmung der amerikanischen Besatzungsakten (OMGUS) durch das IfZ schließt sich somit die erst seit 1989/90 möglich gewordene Quelldokumentierung der sowjetischen Besatzungsakten an – eine für die zeithistorische Forschung unschätzbare Quellenaufbereitung.

Mecklenburg und Vorpommern im 20. Jahrhundert. Lebenswelten im Systemwandel: Dieses erst im Jahre 2002 begonnene Projekt, das den noch immer forschungsmäßig vernachlässigten Agrarsektor und die ländliche Lebenswelt untersuchen wird, muss konzeptionell noch präzisiert und stärker als bisher auf eine komparative Ebene mit den einzelnen "Bayern-Projekten" des IfZ gebracht werden. Diese verschiedenen Vergleichsebenen drängen sich bei dieser Thematik geradezu auf.

Editionen und Datenbanken: Die vom IfZ getätigten Quellenerschließungen sind eindrucksvoll und tragen zu einem großen Teil zum hohen Ansehen bei, den das IfZ in der europäischen und internationalen historischen Forschung genießt. Die Forscher- und Editorengruppe, die mit der Edition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ betraut ist, leistet hervorragende Arbeit. Auch die präzise Editionsarbeit der „Tagebücher von Joseph Goebbels“ ist ausdrücklich zu loben. Allerdings sollten die Editionen unbedingt durch Kommentarbände ergänzt werden. Das Projekt „Die Verfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945 – Inventarisierung und Teilverfilmung von Verfahrensakten“ kann als zentrales Projekt im Forschungsprofil des IfZ angesehen werden, das in der zeithistorischen Forschung sicherlich auf großes Interesse stoßen wird. Hier ist jedoch unbedingt eine Beteiligung von Rechtshistoriker(inne)n zu empfehlen. Wünschenswert wäre es auch hier, an die systematische Zusammenstellung der Akten eine kritische Auswertung anzuschließen. Insgesamt wird empfohlen, nach Abschluss der Editionsprojekte, eigene drittmittelgeförderte Forschungsvorhaben anzuschließen.

Eine Besonderheit des IfZ besteht darin, dass es nicht nur Forschungsaufgaben, sondern auch in erheblichem Maße **Serviceleistungen** erbringt. Hierzu gehören Archiv und Bibliothek, die Erstellung von Gutachten und das Erteilen von Auskünften. Das **Archiv** verfügt über substantielle Bestände zur Zeitgeschichte und ist für die zeithistorische Forschung eine wichtige Adresse. Bei der Akquisition von Dokumenten konkurriert das Archiv erfolgreich mit anderen Einrichtungen. Die Archivalien sind gut erschlossen; zunehmend ist auch Online-Recherche möglich. Hinsichtlich der Präsentation von Quellen im Internet und der Unterstützung der Online-Recherche gehört das Institut für Zeitgeschichte zu den avancierten Einrichtungen in Deutschland. Die **Bibliothek** hat wichtige Servicefunktionen für Wissenschaftler/-innen und interessierte Laien nicht nur aus der Region, sondern auch aus dem weiteren In- und dem Ausland. Online-Recherche ist möglich, die Retrokatalogisierung soll bis Ende 2003 abgeschlossen werden, das Programm verläuft offenbar nach Plan. Es ist begrüßenswert, dass die Bibliothek sehr breit sammelt und über den engeren politikgeschichtlichen Bereich hinaus auch wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtliche Themen der Zeitgeschichte angemessen berücksichtigt.

3. Struktur und Organisation

Der Forschungsbereich des IfZ ist in drei Abteilungen gegliedert, denen jedoch keine inhaltlichen Schwerpunkte im engeren Sinne zugeordnet sind. Die jeweiligen Leiter üben Aufsichts- und Beratungsfunktionen aus. Das Forschungsgeschehen insgesamt wird sehr stark durch den **Institutsdirektor** bestimmt. Besprechungen der Wissenschaftler/-innen mit der Institutsleitung, bei denen die Mitarbeiter/-innen Gelegenheit haben, eigene Forschungsideen einzubringen,

finden nur unregelmäßig statt. Kriterium für die Umsetzung von Ideen der Mitarbeiter/-innen ist dabei, ob der Direktor überzeugt werden kann. Auch im Hinblick auf die Gesamtentwicklung des IfZ wird dazu geraten, regelmäßige Wissenschaftlerbesprechungen einzuführen, auf denen neben programmatischen Aspekten auch riskantere offene Fragestellungen erörtert werden können. Die Gesamtverantwortung des Institutsdirektors soll dadurch nicht tangiert werden. Von ihm muss, unterstützt durch den wissenschaftlichen Beirat, eine stärkere **konzeptionelle Arbeit** verlangt werden, die den Rahmen auch für innovative Fragen steckt. Institutsdirektor und Wissenschaftlicher Beirat müssen dafür sorgen, dass eine klare Schwerpunktbildung erfolgt. In der Vergangenheit wurde die Entwicklung von Forschungsprojekten oft durch Zufälligkeiten bestimmt, z. B. wenn neue Materialien entdeckt wurden, wie die Goebbels-Tagebücher, oder Aufgaben an das IfZ herangetragen wurden, wie die Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Teilweise ergaben sich Schwerpunkte aus persönlichen Interessen eines Projektleiters bzw. einer Projektleiterin. Bei der Auswahl der Forschungsschwerpunkte ist dem IfZ davon abzuraten, seine Forschungskapazitäten auf zu viele kleine Arbeitsschwerpunkte zu vereinzeln, aber ebenso seine Forschungen in ihrer Gesamtheit auf einen bestimmten Bereich festzulegen, da gerade die Breite der Forschungen sich oftmals als fruchtbar erwiesen hat.

Der Wissenschaftliche Beirat tritt einmal im Jahr zusammen. Zusätzlich gibt es einen Beiratsausschuss, in dem alle größeren Projekte diskutiert werden. Es ist negativ zu vermerken, dass der Bewertungsgruppe zum Besuch keine Beiratsprotokolle vorlagen, so dass die Arbeit des Beirats nicht ausreichend gewürdigt werden konnte. Gleichwohl ist im Hinblick auf das Arbeitsprogramm des IfZ insgesamt an vielen Einzelpunkten klar geworden, dass der Wissenschaftliche Beirat seine Beratungs- und Begutachtungsfunktion sehr viel stärker und kritischer als bisher wahrnehmen muss, insbesondere auch durch periodisch stattfindende und protokollierte Zwischen-Evaluationen. Auch sollte der Beirat durch sein Engagement nachhaltig dazu beitragen, die Drittmittelakquisition des IfZ bei der DFG und bei Stiftungen erfolgreich zu begleiten. Um den hohen wissenschaftlichen Rang des IfZ zu sichern, sollte der Wissenschaftliche Beirat besser als bisher aus der deutschen und der europäischen zeitgeschichtlichen Forschung repräsentativ und nach pluralen Gesichtspunkten gebildet werden. Eine Verjüngung und Erweiterung des Interessenspektrums der Mitglieder ist ebenso dringend geboten wie die Beteiligung von Frauen. Der Beirat sollte entsprechend den grundsätzlichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates für Beiräte strukturiert werden, d. h. es sollte strikt auf ein Rotationssystem geachtet werden. Dabei sollte eine über zwei Amtsperioden hinausgehende Mitgliedschaft unbedingt vermieden werden. Auch sollte die maximale Zeit der Mitgliedschaft nicht die Regel sein. Innerhalb dieses Rahmens sollten Vertreter des Historischen Instituts der LMU eingebunden werden.

Während bei der letzten Evaluierung noch keine der Leitungspositionen mit **Frauen** besetzt war, befinden sich die Leitung der Verwaltung des IfZ und die Leitung der Außenstelle im Auswärtigen Amt jetzt in weiblichen Händen. Gleichwohl konnte der Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bisher nur unwesentlich gesteigert werden, so dass hier weitere Anstrengungen notwendig sind.

Das IfZ hat sehr früh mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung begonnen. Die anstehende Umstellung der Finanzierung auf der Grundlage von Programmbudgets sollte dem IfZ deshalb erfolgreich gelingen.

4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal

Am IfZ sind alle Planstellen unbefristet besetzt. Darüber hinaus sind zurzeit vier drittmittelfinanzierte Stellen unbefristet besetzt. Die unbefristete Beschäftigung des wissenschaftlichen Personals engt die Entwicklungsperspektive des Instituts nachhaltig ein. Freiwerdende Stellen sollten daher künftig **befristet** besetzt werden, bis ein Anteil von 30 bis 50 % am gesamten institutionellen Stellenbestand für Wissenschaftler/-innen erreicht ist. Auf diese Weise könnte dem Nachwuchs eine größere Chance gegeben werden. Zur Realisierung dieses Ziels sollte ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet werden. Die Stellenbeschreibung der Verwaltungsleiterin sollte überprüft und wie bei vergleichbaren Leibniz-Einrichtungen nach BAT IIa ausgewiesen werden. Die **EDV**-Ausstattung des IfZ ist gut. Die Systemadministration wird von zwei Mitarbeitern auf Honorarbasis geleistet, was derzeit eine zufriedenstellende Lösung darstellt.

Das IfZ wird überwiegend aus festen Mittelzuwendungen finanziert. In den letzten Jahren wurde nur ein einziges Forschungsprojekt von der DFG gefördert („Parlament und politische Parteien in Deutschland und Frankreich“), dessen Finanzierung im Jahre 2001 auslief. Das eingeworbene **Drittmittelvolumen** ist unbefriedigend und muss unbedingt ausgebaut werden. Insbesondere muss das Institut mehr Drittmittel einwerben, die im Wettbewerb auf der Grundlage wissenschaftlicher Begutachtung vergeben werden. Es sollte sich nicht nur auf die vermeintlich sicheren Drittmittel von Bund und Ländern konzentrieren. Vielversprechende Themen für Drittmittelprojekte sind z. B. kritische Auswertungen der vom IfZ getätigten Editionen.

5. Nachwuchsförderung und Kooperation

Die am IfZ tätigen studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte sind mit ihrer Betreuung sehr zufrieden. Die Arbeitsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen sind gut, woran Archiv und Bibliothek einen erheblichen Anteil haben. Allerdings sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen im Münchner Institut nicht nur für Forschungs-, sondern auch für **Serviceaufgaben** zuständig. Der Serviceanteil, der vom IfZ auf 40 bis 50 % geschätzt wird, wird in den nächsten Jahren vermutlich zurückgehen, da EDV und Online-Recherchen eine größere Bedeutung bekommen, so dass z. B. Bibliotheksanfragen seltener werden. Auch hat sich gezeigt, dass die Zahl der Gutachten immer geringer wird. Bei entsprechender interner Organisation, nämlich der Konzentration der Serviceaufgaben auf drei bis vier Mitarbeiter/-innen, könnte der zeitliche Aufwand für Serviceaufgaben deutlich vermindert und dadurch Freiraum für Forschungsaufgaben geschaffen werden. Im Gegensatz zum Münchner Institut sind die Mitarbeiter/-innen in der Außenstelle in Berlin-Lichterfelde schon jetzt in der Lage, sehr intensiv zeithistorische Grundlagenforschung zu betreiben, da hier kaum Service- und Beratungsaufgaben anfallen.

Die vom IfZ übernommene **Editionstätigkeit** ist weder der reinen Forschungs- noch der reinen Servicearbeit zuzurechnen. In der Außenstelle im Auswärtigen Amt, in der alle Mitarbeiter/-innen unbefristet beschäftigt sind, hat es sich als schwierig erwiesen, erfahrene Forscher/-innen über längere Zeit im Projekt zu halten, da die Editionstätigkeit alleine für Historiker/-innen zu wenige Perspektiven bietet. Jüngeren Mitarbeiter(inne)n sollte daher die Möglichkeit eingeräumt werden, sich neben der Editionstätigkeit eigenen Forschungsinteressen zu widmen. Es sollten Auswertungsprojekte konzipiert werden, in die die Mitarbeiter/-innen eingebunden werden, um so die vorhandenen Kapazitäten effektiv zu nutzen.

Unverzichtbar ist ein stärkerer internationaler **Wissenschaftleraustausch** und die Einstellung ausländischer Wissenschaftler/-innen. Seit der letzten Evaluierung durch den Wissenschaftsrat

war lediglich ein ausländischer Wissenschaftler am IfZ beschäftigt. Die Begründung der Institutsleitung, dass Aufenthalte von Gastwissenschaftler(inne)n nicht finanziert werden konnten, da die entsprechenden Mittel für die DFG-Abgabe verwendet werden mussten, ist nicht überzeugend. Es sollte auch die Möglichkeit geprüft werden, eine Gastprofessur einzurichten und dafür Drittmittel einzuwerben. Das Institut muss sein Profil internationalisieren. Dies geschieht zweckmäßigerweise zum einen durch die Einrichtung eines Programms für ausländische Gäste. Zum anderen sollten bei der Besetzung von Stellen, auch im Drittmittelbereich, verstärkt wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen aus dem Ausland gewonnen werden. Stellenangebote sollten daher nicht wie bisher ausschließlich in der „ZEIT“, sondern auch international ausgeschrieben werden.

Es wird empfohlen, das IfZ in ein Netz nationaler und internationaler **Kooperationen** einzubetten. Das Institut sollte sich bemühen, mit zeitgeschichtlichen Universitätsinstituten, die dazu bereit sind, Kooperationsabkommen zu schließen und insbesondere die Zusammenarbeit mit den Deutschen Historischen Auslandsinstituten zu intensivieren. Auf diese Weise könnten großangelegte Forschungsprojekte konzertiert aufgenommen werden. Das IfZ würde weniger eine Monopol- als vielmehr eine Koordinationsrolle spielen und könnte stärker zu einem Kompetenzzentrum der deutschen Zeitgeschichte ausgebaut werden. Die Kooperation mit nationalen und internationalen Instituten hätte den Vorteil, neue und bereichernde Fragestellungen innerhalb des IfZ zu erörtern sowie innovative Forschungen und Analysen des wertvollen historischen Materials anzustoßen. Das IfZ hat z. B. im Rahmen seiner Arbeiten zur Außenpolitik das Potenzial, sich zu einem hoch qualifizierten Kompetenzzentrum zu entwickeln, das sowohl Experten deutscher Hochschulen als auch der deutschen Historischen Institute im Ausland um sich versammelt. Damit könnten einem zeithistorisch derzeit in Deutschland wissenschaftlich wenig bearbeiteten Gebiet neue Impulse verliehen werden. Im Einvernehmen mit dem Herausbergremium der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ und dem Wissenschaftlichen Beirat sollten konsequente Auswertungsprojekte der Akteneditionen konzipiert werden. Der Außenstelle Lichterfelde ist zu empfehlen, in stärkerem Maße als bisher Kontakte zu den Berliner Universitätsinstituten zu suchen. In diesem Zusammenhang ist an die eingangs dargelegte Funktion des IfZ zu erinnern, der zeit-historischen Forschung durch überregional angelegte Tagungen Impulse zu verleihen.

Mit der **Ludwig-Maximilians-Universität** in München (LMU) besteht eine enge Kooperation, die durch Integration des Institutsleiters in die Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften verfestigt werden konnte. Zur weiteren Intensivierung der Beziehung sollte eine vertragliche Zusammenarbeit geprüft werden, um z. B. bei der Neubesetzung von Führungspositionen gemeinsame Berufungen zu realisieren. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geprüft werden, in einem erweiterten Kooperationsvertrag auch die Einführung eines gemeinsamen Graduiertenprogramms oder anderer postgradualer Studienangebote zu vereinbaren, eine Empfehlung, die bereits der Wissenschaftsrat 1996 ausgesprochen hat, für die es bisher keine Absprache gibt. Eine allzu enge Verbindung zwischen IfZ und LMU wird allerdings nicht empfohlen, damit das IfZ perspektivische und langfristige Forschungen auch in Kooperation mit anderen Universitäten betreiben kann. Deshalb ist darauf zu achten, dass institutionelle und personelle Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des IfZ gewahrt bleiben.

In seiner Stellungnahme von 1996 hat der Wissenschaftsrat dazu geraten, **Tagungen** zu organisieren, die als Plattform für eigene, neue inhaltliche und methodische Ansätze genutzt werden können. Damals war angemahnt worden, dass aus dem IfZ in Zukunft innovative Tagungs- und Aufsatzbände kommen sollten, die methodisch und thematisch anstoßgebend auf die Zeitge-

schichtsforschung in der Bundesrepublik wirken können. Dies ist heute erneut anzumehmen. Zwar kann das IfZ alleine für das Jahr 2002 auf 11 Kolloquien bzw. Vortragsveranstaltungen verweisen, doch sind dies nicht die empfohlenen Tagungen mit Anstoßcharakter für die Zeitgeschichtsforschung. Verbunden mit dem veränderten Charakter der Tagungen könnte ihre Anzahl durchaus reduziert werden. Tagungen bieten sich z. B. an im Anschluss an das bereits abgeschlossene Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern“, an das Projekt „Wehrmacht in der NS-Diktatur“ und für den Schwerpunkt „Demokratie in der Zwischenkriegszeit“. Konferenzen mit komparativem Aspekt könnten in Zusammenarbeit mit den Deutschen Historischen Instituten im Ausland organisiert werden – ganz abgesehen davon, dass sich so die Kosten der Tagungen begrenzen ließen.

6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz

Zu den Arbeitsergebnissen des IfZ gehören neben neuen Erkenntnissen in der Forschung vor allem die Veröffentlichung eigener Arbeiten und die Herausgebertätigkeit für Fremdveröffentlichungen sowie Serviceleistungen von Archiv und Bibliothek, die Erstellung von Gutachten und das Erteilen von Auskünften. Das IfZ hat in den vergangenen Jahren eine außerordentlich umfangreiche **Publikationstätigkeit** entfaltet. Dem Institutsdirektor kommt das Verdienst zu, auch solche Projekte zu einem erfolgreichen Abschluss mit Publikation zu führen, die bereits seit längerem mit Problemen behaftet waren.

Neben den Eigenveröffentlichungen nimmt das IfZ eine rege und vielbeachtete **Herausgebertätigkeit** wahr. In den letzten Jahren sind jedoch sehr viele Manuskripte und Sammelbände publiziert worden, unter denen zwangsläufig auch Arbeiten zu marginalen Themen waren. Hierdurch ist der Nimbus der Buchreihen des IfZ als „Premium-Reihen“ in der Zeitgeschichte gefährdet. Es sollte daher bei jedem einzelnen Titel entschieden werden, ob dieser für die Fachdiskussion tatsächlich relevant ist. Insofern könnte und sollte der hohe Anteil der Publikationen reduziert werden. Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte beeindrucken weiterhin durch Seriosität und wissenschaftliche Fundiertheit, haben aber nur in Ausnahmefällen wichtige Anstöße für neuere Forschungen, Fragestellungen und Methoden gegeben. Das IfZ reagiert hier eher auf Diskussionen in der deutschen und internationalen Fachwelt, als dass es solche Anstöße selbst hervorbrächte.

Das IfZ vermittelt seine Arbeitsergebnisse nicht nur an Wissenschaftler/-innen, sondern auch an ein breiteres Publikum, z. B. durch die Veröffentlichung einer Reihe im dtv-Verlag, durch die Organisation kleinerer Ausstellungen und schließlich durch die **Dokumentation Obersalzberg**, die bisher ca. 370 000 Besucher hatte. Hier ist das Engagement des IfZ besonders hervorzuheben. Die dazu herausgebrachte Publikation „Die tödliche Utopie“ ist vorzüglich und findet große Breitenwirkung. Positiv hervorzuheben ist auch die **Homepage** des Instituts. Sie ist informativ, funktional angemessen, schnörkellos und auf substantielle Informationen beschränkt.

7. Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Das IfZ konzentriert sich unverändert thematisch und methodisch auf wenige große Schwerpunkte, insbesondere auf die Erforschung des **Nationalsozialismus**. Daneben hat es in den vergangenen Jahren immer stärker Forschungen zur Geschichte der Bundesrepublik einbezogen, zunehmend auch solche zur Geschichte der SBZ/DDR. Diese Weichenstellungen entsprechen den Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1996. Ebenso ist das IfZ durch stärkere

Hinwendung zu **vergleichenden Ansätzen** in den letzten Jahren Empfehlungen des Wissenschaftsrates gefolgt, wenngleich hier eine intensivere Einbeziehung u. a. Ostmitteleuropas erwünscht wäre (s. o. unter 5.). Hingegen ist der Aspekt der **Interdisziplinarität** nicht ausgeprägt und nach wie vor entwicklungsfähig.

Auf Anraten des Wissenschaftsrates sollte die mögliche Detailsteuerung durch den **Stiftungsrat** begrenzt werden. Hier wurde der Text der Stiftungsurkunde teilweise geändert, gleichwohl die Detailsteuerung z. B. im Personalbereich nicht aufgehoben. Der Wissenschaftsrat empfahl, Nachwuchswissenschaftler/-innen stärker in die Forschung einzubeziehen und **Editionsaufgaben** hauptsächlich unbefristet beschäftigten Mitarbeiter(inne)n zu übertragen, so dass die befristet beschäftigten Mitarbeiter/-innen einen größeren Freiraum für die Forschung haben. Allerdings gilt diese Änderung nur für sehr wenige Wissenschaftler/-innen, da der Großteil von ihnen unbefristet angestellt ist. Die **Beziehungen zur LMU** wurden intensiviert.

Nicht oder nicht ausreichend umgesetzt wurden dagegen die folgenden Empfehlungen: Der Wissenschaftsrat hatte dem IfZ die Entwicklung eines **kohärenten Forschungsprogramms** empfohlen, dessen Umsetzung bis heute nicht erkennbar ist. Die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen **Beirats** sollte verändert, die Amtszeit der Mitglieder auf zwei, je drei bis vier Jahre umfassende Perioden beschränkt werden. Zwar sind inzwischen zwei ausländische Wissenschaftler und zwei Vertreter aus Nachbardisziplinen im Beirat vertreten, der Empfehlung, die Amtszeit entscheidend zu verkürzen, wurde jedoch nicht gefolgt. Nach wie vor sind sechs Mitglieder des Beirats bereits 10 Jahre und länger im Amt, drei von ihnen sogar 20 Jahre und länger. Entgegen der Empfehlung des Wissenschaftsrates, künftig etwa ein Drittel aller Wissenschaftler/-innen auf Planstellen **befristet** anzustellen, wurden alle vier Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, die seit der letzten Evaluierung neu besetzt wurden, unbefristet besetzt. Darüber hinaus sind sogar vier der über Drittmittel finanzierten Stellen unbefristet besetzt.

Die empfohlene Einstellung von **Gastwissenschaftler(inne)n** ist nicht erfolgt, mit der Begründung, dass die hierfür vorgesehenen finanziellen Mittel für die DFG-Abgabe verwendet werden mussten. Die Bewertungsgruppe kann diese Begründung nicht akzeptieren, zumal Gastwissenschaftler/-innen auch aus Drittmitteln finanziert werden können.

Die angemahnte verstärkte Einwerbung von **Drittmitteln** hat nicht stattgefunden. Der Charakter der **Tagungen** sollte, darauf ist bereits mehrfach eingegangen worden, verändert werden. Aus dem IfZ sollten künftig innovative Tagungs- und Aufsatzbände kommen, die methodisch und thematisch anstoßgebend auf die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik wirken können. Das ist heute erneut anzumahnen.

Insgesamt hat das IfZ die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1996 nur zögerlich aufgegriffen, so dass das IfZ und ebenso der Wissenschaftliche Beirat von verschiedenen Mitgliedern der Bewertungsgruppe als „erstaunlich beratungsresistent“ charakterisiert worden sind.

8. Zusammenfassung der Empfehlungen der Bewertungsgruppe

Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte

- Es wird die Entwicklung eines kohärenten Forschungskonzepts mit einer Perspektive für die nächsten drei bis fünf Jahre empfohlen. Bei der Entwicklung von Forschungsprojekten sollten der komparative Aspekt und europäische Fragestellungen eine größere Rolle als bisher spielen. Bei den laufenden Schwerpunkten sollte der Schwerpunkt „Demokratievergleich“ konkretisiert und der Schwerpunkt „Diktaturvergleich“ entwickelt werden. Hierbei sollte das

Prinzip der Interdisziplinarität stärker als bisher berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, das Projekt "Reform und Revolte" entweder konzeptionell in das Forschungsprogramm des IfZ einzupassen und empirisch zu fundieren oder – wenn dies nicht gelingt – einzustellen. Der Wissenschaftliche Beirat sollte den Prozess zur Entwicklung des Forschungskonzepts intensiv begleiten und das Ergebnis in zwei Jahren bewerten.

- An die Editionsprojekte sollten grundsätzlich wissenschaftliche Auswertungsprojekte angeschlossen werden. Alle Projekte sollten regelmäßig nach drei Jahren überprüft werden.
- Das IfZ sollte verstärkt Programmtagungen mit Anstoßcharakter für die Zeitgeschichtsforschung vorbereiten und diese durchaus mit anderen Instituten im In- und Ausland durchführen.

Struktur und Organisation

- Die interne Kommunikation im IfZ sollte verbessert werden, u. a. durch regelmäßige Wissenschaftlerbesprechungen. Vom Institutsdirektor und dem Wissenschaftlichen Beirat muss eine stärkere konzeptionelle Arbeit gefordert werden.
- Die Struktur des Beirats muss den Grundsätzen des Wissenschaftsrates entsprechend geändert werden: Die Zusammensetzung des Beirats muss verändert, die Amtszeit der Beiratsmitglieder auf maximal zwei Wahlperioden beschränkt werden.
- Der Beirat muss künftig seine Aufgaben entsprechend den Empfehlungen des Senats der Leibniz-Gemeinschaft wahrnehmen, u. a. muss er periodisch stattfindende und protokollierte Zwischen-Evaluationen vornehmen.

Mittel und Personal

- Es sollte ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet werden, um Freiräume für künftige Aufgaben zu schaffen. Freiwerdende Wissenschaftlerstellen sollten befristet besetzt werden, bis ein Anteil von etwa einem Drittel befristeter Besetzungen im institutionellen Bereich erreicht ist.
- Das IfZ sollte eine Drittmittelstrategie entwickeln, um in größerem Umfang – auch bei der DFG – Forschungsdrittmittel im Wettbewerbsverfahren zu akquirieren. Institutsintern sind die dafür notwendigen Anreize zu schaffen. Die Vergabe institutioneller Mittel sollte an erfolgreiche Drittmittelakquisition geknüpft werden.

Nachwuchsförderung und Kooperation

- Die Serviceaufgaben sollten auf drei bis vier unbefristet angestellte Mitarbeiter/-innen konzentriert werden, um den übrigen Wissenschaftler(inne)n einen größeren Freiraum für Forschungsaufgaben zu verschaffen.
- Ein stärkerer internationaler Wissenschaftleraustausch und die Einstellung ausländischer Wissenschaftler/-innen sind unverzichtbar. Das IfZ sollte ein Gastwissenschaftlerprogramm einrichten – gegebenenfalls mit neu einzuwerbenden Drittmitteln – und ein Netzwerk nationaler und internationaler Kooperationen mit dem Ziel knüpfen, sich zu einem international anerkannten Kompetenzzentrum der deutschen Zeitgeschichtsforschung zu entwickeln.
- Bei der Neubesetzung von Führungspositionen sind gemeinsame Berufungen mit der LMU anzustreben. Die Einführung eines gemeinsamen Graduiertenprogramms wird empfohlen.

Auch dies würde zum Aufbau eines Kompetenzzentrums der zeitgeschichtlichen Forschung nachhaltig beitragen.

Anhang

Mitglieder und Gäste der Bewertungsgruppe

1. Bewertungsgruppe

Vorsitzender (Mitglied des Senatsausschusses Evaluierung)

Prof. Dr. Heinrich Löffler Deutsches Seminar, Universität Basel

Stellvertretende Vorsitzende (Mitglieder des Senatsausschusses Evaluierung)

Prof. Dr. Martin Oldiges Institut für Umwelt- und Planungsrecht, Universität Leipzig

Prof. Dr. Dietrich Wegener Lehrstuhl für Experimentelle Physik V, Universität Dortmund

Externe Gutachter/-innen

Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel Seminar für Zeitgeschichte, Universität Tübingen

Prof. Dr. Antoine Fleury Département d'Histoire générale, Université de Genève

Prof. Dr. Ulrich Herbert Historisches Seminar, Universität Freiburg

Prof. Dr. Günther Heydemann Historisches Seminar, Universität Leipzig

Prof. Dr. Marie-Luise Recker Historisches Seminar, Universität Frankfurt

Prof. Dr. Günther Schulz Historisches Seminar, Universität Bonn

Prof. Dr. Hagen Schulze German Historical Institute, London

Vertreter des Bundes

Dr. Thomas Roth Bundesministerium für Bildung und Forschung

Vertreter der Länder

Gruppenleiter Heinz Krommen Wissenschaftsministerium NRW

2. Gäste

Vertreter des zuständigen Ressorts des Sitzlandes

MinR Christian Schuberth Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Vertreterin des zuständigen Bundesressorts

Dr. Angelika Willms-Herget Bundesministerium für Bildung und Forschung

Vertreterin der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung

Dr. Karin Andrae

Vertreter der Leibniz-Gemeinschaft

Prof. Dr. Helmuth Trischler Deutsches Museum, München

Vertreter des Beirats

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz

25.09.03

Anlage C: Stellungnahme der Einrichtung zum Bewertungsbericht

Institut für Zeitgeschichte

München - Berlin

Vorbemerkung

Die Stellungnahme des Instituts für Zeitgeschichte, München-Berlin, zum Bewertungsbericht beschränkt sich auf zentrale Punkte. Werden Punkte des Bewertungsberichts nicht erwähnt, so folgt daraus nicht zwangsläufig Zustimmung. Auch wird auf positive Würdigungen nur ausnahmsweise eingegangen, so dass der falsche Eindruck entstehen könnte, der Bewertungsbericht konzentrierte sich auf Kritik. Dies ist nicht der Fall. Zwei Probleme sind grundsätzlicher Natur und betreffen nicht allein diese Evaluierung. Sie müssten nach Ansicht des Instituts geklärt werden:

- Welchen Charakter haben die Evaluierungsempfehlungen? Diese Frage ist nicht abstrakt, stehen Empfehlungen in Evaluierungsberichten doch gelegentlich in Widerspruch sei es zu der Stiftungssatzung, sei es zu anderen Empfehlungen, die eine analoge Verbindlichkeit beanspruchen.

- Die Evaluierung erstreckt sich auf die Jahre 2000 - 2002, bezieht ohne eingehende vergleichende Prüfung aber frühere Phasen der Institutsgeschichte mit ein. Dies führt verschiedentlich zu sachlich nicht fundierten Vergleichen. Tatsächlich zeigt der Bericht in wesentlichen Passagen, dass angesichts von Daueraufgaben und zum Teil längerfristigen Projekten der fragliche Zeitraum als Maßstab für eine angemessene Beurteilung nicht ausreicht.

Es wird darauf verzichtet, zur Form des Berichts im einzelnen Stellung zu nehmen. Es fällt jedoch dreierlei auf:

- Der Bericht ist nicht widerspruchsfrei und lässt erkennen, dass unterschiedliche Bausteine zusammengefügt wurden; durch Redundanzen erhalten verschiedentlich Urteile ein Gewicht, das durch Argumente nicht hinreichend untermauert ist.

- Der Bericht enthält Sachfehler.

- Wenngleich identische Sachverhalte positiv oder negativ formuliert werden können, erscheint in vielen Fällen eine wertfreie Konstatierung der Fakten doch angemessen, soll nicht ein irreführender Eindruck allein durch die Form erzeugt werden. Zwei Beispiele zeigen dies: Auf S. B-6 wird positiv vermerkt, dass seit der letzten Evaluierung zwei Leitungspositionen mit Frauen besetzt worden seien: "Gleichwohl konnte der Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals nur unwesentlich gesteigert werden": Diese Aussage ist falsch, zumal wenn sie mit der Situation von 1992 verglichen wird. Damals war nur eine unbefristete Wissenschaftlerstelle mit einer Frau besetzt, zwei weitere Frauen waren auf Projektstellen. Heute beschäftigt das IfZ auf unbefristeten Stellen insgesamt statt einer nun fünf Wissenschaftlerinnen, statt bis dahin 0 jetzt 2 Abteilungsleiterinnen, statt 0 jetzt 1 Stellvertretende Abteilungsleiterin und statt damals 2 heute 6 befristet angestellte Wissenschaftlerinnen. Tatsächlich ist die Zahl der zeitweilig oder dauerhaft angestellten Wissenschaftlerinnen von 3 auf 11 gesteigert, also vervielfacht worden. Frauen auf Leitungspositionen sind überhaupt erst jetzt vorhanden. Man kann also eine Aussage über den Frauenanteil nicht nur positiv formulieren, sondern muss es sogar, wenn die Entwicklung nicht verzerrt werden soll. Im Bewertungsbericht werden indessen immer wieder kritische Formulierungen auf Tatbestände angewendet, die zweifelsfrei durch nachhaltige Verbesserungen charakterisiert sind.

- Es wird moniert, es sei nur ein ausländischer Wissenschaftler angestellt gewesen. Dazu ist zu bemerken, dass seit 1992 sowohl ein tschechischer als auch ein französischer Historiker befristete Anstellungsverträge hatten. Vor 1992 war dies nicht der Fall, auch hier handelt es

sich um eine Steigerung von 0 auf 2, man könnte das positiv sehen. Davon abgesehen, ist der Begriff "Einstellung" auf S. B-10 irreführend, es ist bisher auch niemals eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen worden. Die Stellenbesetzungen müssen ausschließlich nach Sachkriterien erfolgen, entscheidend muss die jeweils spezifisch fachliche Qualifikation sein. Davon abgesehen sind Stellenbesetzungen erheblich beeinflusst durch die Regelungen des BAT, das Hochschulrahmengesetz und weitere Vorgaben: Die Flexibilität des Institutsdirektors ist schon seit längerem erheblich eingeschränkt. Es wäre deshalb wünschenswert gewesen, wenn sich im Evaluierungsbericht dazu Aussagen gefunden hätten.

I. Vergleich des heutigen Instituts mit früheren Phasen der Instituts- geschichte und grundsätzliche Bewertung seines Ranges

Der Bericht ist widersprüchlich, wie gleich die erste Bewertung zeigt: "Das IfZ führt national und zum Teil auch international anerkannte gute bis sehr gute Forschung durch". Da in Bezug auf eine ganze Reihe von Forschungsprojekten das Prädikat "hervorragend" oder "ausgezeichnet" verwendet wird, erscheint diese allgemeine Aussage verquält und inadäquat.

Ein Widerspruch ist auch darin zu sehen, wenn der Bericht auf S. B-2 eine klare Schwerpunktsetzung des IfZ in der Forschungsarbeit anmahnt und auf S. B-9 bestätigt, dass sich das IfZ "unverändert thematisch und methodisch auf wenige große Schwerpunkte" konzentriert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um diejenigen, die als Eckpunkte eines Forschungsprogramms auf S. B-3 genannt werden.

Im Bericht wird behauptet, das IfZ habe bis in die 80er Jahre hinein oft eine "Leuchtturmfunktion" gehabt, die es wiedergewinnen müsse. Damit ist gesagt, heute habe es diese Funktion nicht mehr.

Diese Feststellung verkennt die institutionelle Pluralisierung der zeitgeschichtlichen Forschung seit der Wiedervereinigung: Es wurden eine Fülle neuer Forschungsinstitute gegründet, eine Vielzahl zeitgeschichtlicher Lehrstühle eingerichtet, mehrere neue Fachzeitschriften wurden herausgegeben, und um die Mittel konkurrieren eine Fülle neuer Projekte und eine vervielfachte Zahl von Antragstellern. Das heißt, nicht der Rang des Instituts hat sich verändert, sondern die extrem vergrößerten, zum Teil nicht einmal von den Fachleuten übersehbaren Aktivitäten vernebeln die Forschungslandschaft, obwohl der Ertrag oftmals zu wünschen übrig lässt. Hinzu kommt: viele der Forschungsdebatten, die in der Vergangenheit für das nichtfachliche Publikum sichtbar waren (z. B. die Kontroversen über den Charakter der NS-Herrschaft: Führerdiktatur oder Polykratie), sind heute einer zum Teil sehr spezialisierten Forschung gewichen. Andere, die Öffentlichkeit erregende Kontroversen aber (z. B. der sog. Historikerstreit oder die Goldhagen-Debatte) waren wissenschaftlich nahezu unergiebig.

Das IfZ hat auf neue Herausforderungen seit 1992 in vielfältiger Weise reagiert: Das heutige Institut muss in Hinblick auf die Qualität keinen Vergleich scheuen, wie die zahlreichen in- und ausländischen Reaktionen auf seine Arbeit belegen. Im Hinblick auf die Forschungsgebiete und die Zahl der Veröffentlichungen, die universitäre Lehrleistung und nicht zuletzt die Effektivität in der Realisierung von Vorhaben liegt die heutige Leistungsfähigkeit des IfZ so außerordentlich über derjenigen früherer Jahre und Jahrzehnte, dass ein Vergleich ganz eindeutig ausfällt, nur umgekehrt als es der Bewertungsbericht erkennen lässt, der in dieser Hinsicht unkritisch der Propaganda von konkurrierender Seite folgt. Das Problem des Berichts liegt darin, dass zwar solche vergleichenden Aussagen gemacht werden, dafür aber die empirische Grundlage nicht berücksichtigt wird. Um einen Eindruck von diesem Unter-

schied zu erhalten, bedarf es lediglich eines Blicks in den Jahresbericht 1991 des Instituts, der 20 Seiten umfasste, und in den letzten Jahresbericht von 2002 mit 48 Seiten.

Die seit 1992 begonnenen und innerhalb des folgenden Jahrzehnts abgeschlossenen Projekte führt die Anlage auf. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum mehrere seit den 1980er Jahren brachliegende oder nur mühsam vorankommende Projekte 1992 wieder aufgenommen und zügig zum Abschluss gebracht bzw. in einem Fall auf eine völlig neue Grundlage gestellt.

Einige weitere Stichworte mögen genügen:

Gab es vor 1992 über einen lange Zeitraum hinweg keine Habilitationen und ein nur minimales universitäres Engagement des IfZ, sind seit 1992 insgesamt 7 Habilitationen zu verzeichnen, mehrere Berufungen an Universitäten erfolgt und eine Fülle universitärer Verpflichtungen erfüllt worden: Lehrte 1992 ausschließlich der damalige Stv. Direktor als apl. Prof., so lehrt heute der Direktor als Lehrstuhlinhaber, der Stv. Direktor als Honorarprofessor, 4 Privatdozenten und zusätzlich mehrere Lehrbeauftragte an den Universitäten in München, Regensburg, Berlin, Leipzig, Münster, Augsburg, Eichstätt sowie der Universität der Bundeswehr in München. Im Unterschied zu früher werden dabei regelmäßig Vorlesungen angeboten sowie Prüfungs- und Begutachtungsaufgaben übernommen. Angesichts der regelmäßigen Forderungen des Wissenschaftsrats, außeruniversitäre und universitäre Institutionen enger kooperieren zu lassen, überrascht es, dass sich im Bewertungsbericht dazu kein Urteil findet.

Tatsächlich erbringt das IfZ geradezu nebenher eine Lehr-, Prüf- und Begutachtungsleistung, die insgesamt einem großen Seminar für Neuere und Neueste Geschichte entspricht.

Das IfZ hat heute zwei Hauptsitze mit insgesamt 4 Dienstorten, die früher nicht existierten. Zwei dieser drei neuen Abteilungen sind erst seit Mitte der 1990er Jahre aufgebaut worden, die dritte – im Auswärtigen Amt Berlin – musste zunächst erheblich ausgebaut werden und zog schließlich von Bonn nach Berlin um. Der erste Jahrgang der vom IfZ herausgegebenen Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland erschien 1993.

Die Dokumentation Obersalzberg hat zur Verbreitung gesicherten Wissens in einem Maße beigetragen, wie das dem IfZ vorher nie gelungen ist: 1999 eröffnet, hat die Dokumentation - die erste, die alle zentralen Bereiche der NS-Diktatur dokumentiert - in vier Jahren 450 000 Besucher aus dem In- und Ausland angezogen. Inzwischen sind weltweit mehr als 10 Millionen Internetzugriffe auf die spezielle Obersalzberg-Homepage zu verzeichnen. Die Arbeit des IfZ ist damit übernational sichtbar als sie es je vorher war.

Der Bewertungsbericht hebt mit Recht die außerordentlich umfangreiche Publikationstätigkeit des IfZ hervor, die erheblich intensiver als in früheren Zeiten seiner Geschichte ausfällt und auch im Vergleich mit anderen Instituten bemerkenswerte Zahlen aufweisen kann. Es ist außerdem darauf hinzuweisen, dass dabei eine größere Zahl der Veröffentlichungen als früher von Mitarbeitern des Hauses stammt. Die Kritik an der Qualität der Veröffentlichungen im Bewertungsbericht wird nicht belegt, sondern lediglich aus der großen Zahl der Veröffentlichungen abgeleitet und entbehrt damit einer wissenschaftlichen Begründung. Die Kritik steht darüber hinaus auch im Widerspruch zur außerordentlich positiven Resonanz, die die Veröffentlichungen regelmäßig in Rezensionen finden.

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, seit Jahrzehnten die auflagenstärkste Fachzeitschrift in Deutschland und durch hohe internationale Verbreitung und Anerkennung ausgezeichnet,

haben sich in ihrem Charakter nicht verändert. Hierin dominieren seit jeher die aus den Quellen gearbeiteten empirisch exakten, die geschichtliche Wirklichkeit rekonstruierenden Beiträge. Dies hat – früher wie auch in jüngster Zeit – methodische Fragen aufgreifende Beiträge nicht ausgeschlossen. Darüber hinaus haben sich die *Vierteljahrshefte* gerade im letzten Jahrzehnt durch wegweisende Beiträge zu Forschungskontroversen profiliert, z. B. zur deutschen Wehrmacht, zu den Massenverbrechen im Kommunismus und nicht zuletzt in der Goldhagendebatte.

Archiv und Bibliothek, die von jeher einen hohen internationalen Ruf genossen, haben ihre Arbeit weiter perfektioniert, die Sammlungen werden ständig erweitert, intensiv erschlossen und weltweit genutzt. Ein von der Forschung zunehmend frequentiertes "Hausarchiv" mit eigenen Beständen wurde erst seit 1992 aufgebaut, die EDV-Katalogisierung der Bibliothek seit 1994 begonnen. Seit 2000 erfolgt nach Einwerbung umfangreicher Sondermittel eine retrospektive Katalogisierung des gesamten Bibliotheksbestandes, der diesen einmalig intensiv erschlossenen Bestand (u. a. Sach-, Namen- und Ortserschließung) ab 2004 weltweit online recherchierbar machen wird. Auch in dieser Hinsicht ist das Institut international sichtbarer denn je.

Als unterbesetzt muss nach wie vor die Verwaltung gelten, die mit unverändertem personellen Aufwand stark gewachsene Anforderungen erfüllt. Hervorzuheben ist dabei vor allem die Einführung der Kostenleistungsrechnung (KLR) und der Programmbudgets.

Eine angemessene Bewertung des IfZ ist nur möglich, wenn man berücksichtigt, dass es keine vergleichbare Forschungseinrichtung gibt, die wissenschaftliche Servicefunktionen für das gesamte Fach und darüber hinaus für Behörden, Gerichte und Journalismus wahrnimmt wie das IfZ: Es erfüllt gleichzeitig die Funktion eines Forschungsinstituts, eines öffentlich zugänglichen Archivs, einer öffentlich zugänglichen Bibliothek, einer Begutachtungseinrichtung, eines Universitätsseminars, einer Ausstellung, sowie einer Publikationseinrichtung.

II. Projekte und Projektplanung

In den insgesamt sehr positiven Ausführungen zu den Projekten haben sich bedauerliche Fehltritte eingeschlichen, nur auf sie wird hier eingegangen. Generell ist die Einschätzung unzutreffend, das IfZ habe mit Projekten nur auf Anregungen von außen reagiert. Selbstverständlich reagiert jede Forschung auf alle sinnvollen Anregungen, und ebenso selbstverständlich nehmen zahlreiche Forscher und Institute ständig Anregungen auf, die aus dem IfZ kommen - bis hin zur Übernahme von Projekten, die das IfZ entwickelt hat, die von Drittmittelgebern abgelehnt wurden und dann anderen Antragstellern bewilligt wurden.

Anders aber als im Bewertungsbericht wiederholt behauptet, entstehen die Projekte allesamt in einem fortlaufenden wissenschaftlichen Diskussionsprozess zwischen Institutsleitung und wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Ein Beispiel schiefer Urteilsbildung im Bewertungsbericht bildet die Aussage über die "Zufälligkeit" der Quellenfunde bei der Edition der "Goebbels-Tagebücher": Ein Blick in die Vorworte der Edition hätte diesen Irrtum vermeiden können. Bereits als der jetzige Direktor den Ruf nach München im Herbst 1991 angenommen hatte, erfolgten weitergehende Planungen ausschließlich in Absprache mit ihm. Dazu gehörte auch die Frage, ob das Goebbels-Projekt weiterverfolgt werden könne, nachdem die 4-bändige Goebbels-Ausgabe von 1987, die noch unter der Verantwortung von Martin Broszat stand, heftig kritisiert worden ist. Der künftige Direktor und die damals einzige Projektmitarbeiterin gelangten zu dem Schluss, dass auf

Grund des Zerfalls der Sowjetunion und dem Deutsch-Sowjetischen Abkommen von 1991 eine gute Chance bestehe, die in Moskau vermuteten Originalquellen einsehen zu können. Dies war die Voraussetzung dafür, die Mängel der ersten Ausgabe zu vermeiden.

Gegen viele Widerstände ist damals entschieden worden, das Projekt nach Möglichkeit auf eine neue Quellenbasis zu stellen, es grundlegend umzuorganisieren, neue Editionsrichtlinien zu erarbeiten usw. Die Bearbeiterin ist daraufhin im Frühjahr nach Moskau gefahren, um gezielt zu suchen. Mit Zufall hat das nicht zu tun, es war geplant, die Suche fortzusetzen. Der damals neue Direktor ist dann seinerseits im Frühjahr 1992 nach Moskau gefahren, um mit dem Präsidenten des russischen Archivwesens und den Einzelarchiven zu verhandeln. Tatsächlich wurden die Kopierberechtigung des gesamten Materials und die Auswertungsrechte erreicht.

Die Behauptung, das großangelegte Wehrmächtsprojekt des Instituts – zu Recht im Bewertungsbericht als derzeit anspruchsvollstes einschlägiges Projekt in Deutschland bezeichnet – habe bloß auf die umstrittene sog. Wehrmächtsausstellung reagiert, verrät mangelnde Sachkenntnis: Zunächst reagierte die sog. Wehrmächtsausstellung auf die Forschung: Sie nutzte rigoros, ohne entsprechende Hinweise, Forschungen, die das Institut für Zeitgeschichte und andere bereits in den 1970er und 1980er Jahren durchgeführt hatten, beispielsweise diejenigen des seinerzeitigen Direktors Helmut Krausnick über die Einsatzgruppen, die Groscurth-Tagebücher, die er veröffentlicht hatte, und die vom IfZ publizierte Studie über das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand von Christian Streit. Nach dem Amtsantritt des neuen Direktors bemühte sich dieser sogleich, junge Fachleute für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs einzustellen, um ein entsprechendes Projekt durchführen zu können. Der erste war der heutige Projektleiter des Wehrmächtsprojekts. Dieses Projekt nutzt einerseits die früheren und jetzigen IfZ-Forschungen und stellt andererseits neue Fragen, zumal die entsprechende vielbändige Darstellung des Zweiten Weltkriegs des MGFA seit langem ins Stocken geraten ist.

Tatsächlich hat das IfZ in diesen Jahren zahlreiche neue Projekte begonnen - und beendet-, die nicht einmal im mittelbaren Sinne mit solchen öffentlichen Diskussionen zu tun hatten, beispielsweise:

Auf völlig neue Quellengrundlagen, neue Editionsrichtlinien und Konzeption wurden gestellt:

A. NS-Projekte

1. Hitlers Reden, Schriften Anordnungen 1925 - 1933, insges. 17 Bde. 1991 - 2003 (nur 1 Bd. konnte trotz einer Laufzeit seit 1979 vor 1992 fertiggestellt werden),
2. Die Tagebücher von Joseph Goebbels 1923 - 1945, bisher 21 Bde 1993 ff. (die frühere 4-bändige, stark kritisierte Ausgabe von 1987 ist mit dieser neuen Edition weder konzeptionell noch editorisch und quellenmäßig vergleichbar).

Völlig neue Projekte nach 1992 waren bzw. sind:

3. Widerstand als "Hochverrat" (Erschließungsband und 74 000 S. auf 754 Mikrofiches), 1994 - 1998,
4. Sammlung und Erschließung der deutschen NSG-Verfahren (ca. 38 000) gemeinsam mit dem Archiv von Yad Vashem (Jerusalern),
5. Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz (4 Bde., 2000),
6. Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur (in Vorbereitung, vor dem Abschluss).

B. Vergleichende Projekte (Zweiter Weltkrieg, Zwischenkriegszeit, Deutsch-Französische Beziehungen)

7. Deutschland und die Tschechoslowakei zwischen den Kriegen, 2 Bde. 1999,
8. Politische Justiz unter Lenin, Stalin und Hitler (begonnen),
9. Krise und Instabilität der Demokratien: Deutschland und Frankreich 1919 bis 1933/40 (bisher 4 Bde. 1999 - 2002, 2 weitere im Druck, 1 in Vorbereitung),
10. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente, 4 Bd. 1997 - 1999 (gemeinsam mit der Historischen Kommission bei der Bayer. Akademie der Wiss., hg. von H. Möller und K. Hildebrand).

C. Nachkriegszeit: Bundesrepublik Deutschland, DDR

11. Die tschechischen Rechtsnormen und die deutsche Minderheit 1945 ff. im Vergleich: CSR, Polen, Slowenien, Ungarn, Dänemark, Belgien Frankreich, Italien) (Gemeinschaftsprojekt. geleitet vom IfZ und dem Inst. f. Zeitgeschichte an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, Prag),
12. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), 3 Bde. 1999 - 2002,
13. SMAD-Handbuch (im Auftrag der Deutsch-Russischen Historikerkommission, dem Bundesarchiv und von GARF, deutsch-russisches Gemeinschaftsprojekt, in Vorbereitung),
14. SMAD-Edition zur Kulturpolitik (im Auftrag der Deutsch-Russischen Historikerkommission, dem Bundesarchiv und von GARF, deutsch-russisches Gemeinschaftsprojekt, Manuskript abgeschlossen),
15. Justiz-Politik in der SBZ/DDR, 4 Bde 1997 - 2001,
16. Berlin-Krise und Mauerbau 1958 - 1962 (deutsch-russische Gemeinschaftsprojekt unter der Federführung des IfZ, 1 Bd. erschienen, 2 weitere vor dem Abschluss),
17. Mecklenburg im 20. Jh. - Land unter zwei Demokratien und zwei Diktaturen (1919 ff.) (in Arbeit),
18. Reform und Revolte in der Bundesrepublik Deutschland von den 1960er bis zu den 1970er Jahren (exemplarische Einzelstudien, 1 Bd. im Druck, 3 in Vorbereitung),
19. Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 - 1973, bisher 3 Bde. 2002/2003 (zwei weitere im Druck, 2 in Vorbereitung)
20. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, bisher 31 Bde. 1993 bis 2002.

Unter diesen 20 Projekten, unter denen nur drei auf Anregungen von außen zurückgehen, befinden sich mehrere Zusammenarbeitsprojekte mit Historikern aus ungefähr 7 Nationen und mehrere komparatistische Projekte.

Die Feststellungen des Bewertungsberichts, Projekte seien überwiegend von außen herantgetragen worden und komparatistische Arbeiten müssten verstärkt werden, sind nicht nachvollziehbar, zumal beides in dieser Form erst seit 1992 betrieben wurde. Vorher gab es kein vergleichbares Projekt, die Anregungen dazu kamen nicht von außen. All diese Projekte sind innovativ, wie es in Bezug auf einige im Bewertungsbericht auch gesagt wird.

Darüber hinaus ist der Bericht widersprüchlich im Hinblick auf Methode und Thematik der Projekte: So wird einerseits gesagt, das Institut betreibe im Unterschied zu anderen in erster Linie politikgeschichtliche Forschung, andererseits wird in Bezug auf das Bayern-Projekt 1949 - 1973 zutreffend von Gesellschaftsgeschichte gesprochen. Tatsächlich vermeidet das

Institut thematische oder methodische Einseitigkeiten. So untersucht es in diesen, aber auch anderen Projekten gerade die Interdependenz von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und kulturellen Mentalitäten.

III. Internationalisierung, Gastwissenschaftler und Veranstaltungen

Ergibt sich bereits aus den Projekten eine seit 1992 im Rahmen der Programmplanung planmäßig herbeigeführte und sukzessive verstärkte Internationalisierung, so überraschen die einschlägigen Ausführungen generell: Sie sind als Empfehlung formuliert, obwohl das IfZ aus eigenem Antrieb einen Internationalisierungsgrad seit den 1990er Jahren erreicht hat, zu dem es keinen auch nur annähernden Vergleich in der deutschen Zeitgeschichtswissenschaft gibt. Bereits in seiner Antrittsrede hat der jetzige Direktor am 1. April 1992 u. a. zwei seiner Ziele in dieser Hinsicht genannt: Es sei eine Internationalisierung der deutschen Zeitgeschichtsschreibung und eine komparatistische Ausrichtung notwendig (nachzulesen in der FAZ). Dies ist auch ein zentraler Aspekt im programmatischen Aufsatz des Direktors im Jubiläumsheft der *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* (Januar 2003). Das IfZ ist erfreut, dass der Bewertungsbericht dieser Richtung der Institutsarbeit zustimmt. Unverständlich erscheint der anmahnende Unterton, als ob eine solche Empfehlung nötig wäre.

Aus den Jahresberichten ist abzulesen, dass das IfZ eine große Zahl internationaler Kolloquien und Veranstaltungen durchgeführt hat, an denen Wissenschaftler aus mehr als einem Dutzend Ländern beteiligt waren. Am Institut arbeiten regelmäßig Wissenschaftler aus zahlreichen Nationen, die im Jahresbericht nicht aufgeführt werden, weil sie nicht vom Institut finanziert oder mitfinanziert werden. Tatsächlich gehen aber viele dieser Gastrollen auf Anregungen des IfZ oder Begutachtungen aus dem IfZ für den DAAD, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung u. a. zurück. Aus solchen Mitteln arbeiteten am IfZ in den vergangenen Jahren Wissenschaftler aus Japan, Ungarn, Polen, Italien und Frankreich, neben anderen, die aus eigenen Mitteln regelmäßig Archiv und Bibliothek des Instituts konsultieren, darunter eine große Zahl von Amerikanern, aber auch Engländern und Israelis. Vorträge im Institut sind in den letzten Jahren von Angehörigen aus 13 Nationen gehalten worden, darunter insbesondere aus Frankreich, den Niederlanden, Russland, Israel und den USA.

Eine engere, projektbezogene Zusammenarbeit besteht mit Historikern aus Frankreich, Italien, Israel, Russland, Tschechien und der Schweiz.

Die einschlägige Empfehlung ist auch deshalb überraschend, weil es wohl keinen zweiten Zeithistoriker in Deutschland gibt, der wie der gegenwärtige Direktor mit Historikern aus derart vielen Ländern kooperiert: Er war oder ist u. a. Mitglied der Beiräte der Deutschen Historischen Institute in London, Warschau, Rom sowie des Stiftungsrats Deutsche Historische Institute im Ausland, Gründungs- bzw. Beiratsvorsitzender des DHI Warschau, Deutscher Co-Vorsitzender der Deutsch-Russischen Historiker-Kommission. Er war Mitglied des Verwaltungsrats der Sorbonne in Paris, der Evaluierungskommission des RIOD in Amsterdam, dreimal Gastprofessor an führenden Universitäten bzw. Forschungseinrichtungen in Paris (Sorbonne, Sciences Po) sowie am St. Antony' s College in Oxford, ist Ehrendoktor der Universität Bordeaux und war 1989 bis 1992 Direktor des DHI Paris u. a. m. Aufgrund dieser Funktionen und Voraussetzungen haben sich für das IfZ jeweils spezifische internationale Kooperationen ergeben.

IV. Das IfZ hat eine Reihe von Kolloquien durchgeführt, die Anstoßcharakter für die jeweiligen Forschungsgebiete hatten

Zu nennen sind hier beispielsweise zwei Veranstaltungen über die Vertriebenen, wobei die eine interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven thematisierte und die andere Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in die SBZ/DDR untersuchte (2 Sammelbände sind erschienen). Im Jahr 2001 hat das Institut zusammen mit der Kommission für die Veröffentlichung der Diplomatischen Dokumente der Schweiz und dem Herausbergremium der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland ein Kolloquium über die Auswirkungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1945 - 1961 abgehalten und damit dieses Thema erstmals in seiner ganzen Breite behandelt (Sammelband steht vor dem Erscheinen). Schließlich ist noch auf eine Arbeitstagung zur Bestandsaufnahme der historischen Erforschung und Diskussion kommunistischer Diktaturen zu nennen, an der vor allem Historiker aus Osteuropa teilgenommen haben.

V. Programmplanung

Sowohl im letzten Jahresbericht (2002) als auch verschiedenen Veröffentlichungen finden sich grundsätzliche Ausführungen zur Programmplanung des Instituts, die jeweils im Wissenschaftlichen Beirat ausführlich diskutiert worden sind, zuletzt im Frühjahr 2002: Der Bewertungsbericht übernimmt, als sei dies von außen an das Institut heranzutragen, die Formulierung des Direktors, es müsse in Deutschland die historische Demokratieforschung, die bisher völlig vernachlässigt worden ist, mit der historischen Diktaturforschung im IfZ verbunden werden. Diese Leitlinie, sowie die Schwerpunkte der Institutsarbeit in den drei chronologischen Hauptepochen der Zeitgeschichte, sind klar erkennbar, ebenso die thematischen Schwerpunktsetzungen. Dass dabei ein Forschungsprogramm die nötige Flexibilität haben muss, um neue Forschungsaufgaben anzugehen und die individuellen Qualifikationen der Wissenschaftler aufzunehmen, ist bereits in der Anhörung betont worden.

VI. Einzelempfehlungen

Über die Zusammensetzung des Beirats entscheidet nicht das IfZ, sondern auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftungsrat unter Anhörung des Direktors: Er hat den (zum Teil nicht kohärenten) Anregungen der letzten Evaluierung und des Wissenschaftsrats Rechnung getragen, u. a. durch

- Verkürzung der Mandatsdauer von 5 auf 4 Jahre,
- Verminderung der Zahl der Mitglieder,
- Berufung zweier Ausländer,
- Regelberufung auf maximal zwei Mandate bei striktester Beschränkung von Ausnahmen; bei den letzten Berufungen insgesamt wurde nur eine institutionell begründete Ausnahme von der Regel vorgenommen.

Die Konzentration von Serviceaufgaben auf drei bis vier unbefristet angestellte Mitarbeiter ist nicht sinnvoll. Es ist von der Sache her notwendig, dass sich Forschungsarbeit und Serviceaufgaben ergänzen: Die Erstellung von Gutachten, die Betreuung der Schriftenreihen, die Arbeit in der Redaktion der VfZ und die Übernahme von Lehr- und Vortragsverpflichtungen hat die wissenschaftliche Forschung zur Voraussetzung - und sowohl vom Direktor und Stv. Direktor als auch vom Archiv- und Bibliotheksleiter muss erwartet werden, dass sie in wissenschaftliche Arbeiten eingebunden sind. Diese Einbindung von zahlreichen Wissenschaftlern in die Serviceaufgaben des Instituts erklärt, weshalb im IfZ die Planstellen weitgehend unbefristet besetzt sind und der Anteil höher ist als in vergleichbaren Instituten.

Die prinzipiell befristete Anstellung auf Planstellen hält die Institutsleitung deshalb nicht für sinnvoll und realisierbar, sie hat dies den jeweiligen Evaluierungskommissionen gegenüber auch begründet: Weder dieser noch der vorige Bewertungsbericht nimmt beispielsweise Rücksicht auf die geltenden arbeitsrechtlichen Regelungen von HRG und BAT. Laut BAT können Daueraufgaben nicht befristet besetzt werden. Würde der Direktor dies tun, hätte er, nicht die Evaluierungskommission, die arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu tragen. Sinnvoll sind Empfehlungen nur, wenn sie mit der geltenden Rechtslage übereinstimmen. Es handelt sich hier im Übrigen um die einzige Empfehlung aus der letzten Evaluierung, die nur begrenzt aufgenommen worden ist.

Die Feststellung des Bewertungsberichts, in der IfZ-Abteilung im Auswärtigen Amt seien alle Mitarbeiterstellen unbefristet, ist falsch. Tatsächlich gibt es dort nur drei unbefristete Wissenschaftlerstellen und eine Sekretärinnenstelle, die unbefristet ist, also ist die Mehrzahl befristet. Überhaupt berücksichtigt der Bewertungsbericht nicht die hohe Zahl befristeter Anstellungen, die aus dem Jahresbericht unschwer zu erkennen sind, weil die Mitarbeiter gesondert aufgeführt werden. Im Jahre 2002 waren insgesamt 19 Wissenschaftler mit befristeten Anstellungsverträgen beschäftigt, und das IfZ hat damit eine außerordentlich hohe personelle Fluktuation, für die es eines Gegengewichts in Form fester Anstellung bedarf.

Die Empfehlung, an die Edition monographische Forschungen zur Außenpolitik anzuschließen, hält die Institutsleitung für weiterführend und wichtig. Allerdings bedarf es für diese neue Aufgabe zusätzlicher Mittel, da sie auf der Basis des derzeitigen Vertrags mit dem Auswärtigen Amt nicht realisierbar ist.

Unzutreffend ist die Aussage über Drittmittel. Sie beliefen sich im Jahr 2002 auf ca. 1,48 Million Euro (bei einem ordentlichen Haushalt von ca. 3,851 Millionen Euro). Im Übrigen trifft es nicht zu, dass etwa die DFG oder VW-Stiftung private Stiftungen sind. Die DFG wird zu ca. 98 Prozent aus öffentlichen Haushalten finanziert, bei der VW-Stiftung ist ein hoher Bundes- bzw. Landesanteil am Stiftungsvermögen gegeben. Es handelt sich hier also zum erheblichen Teil um Umwegfinanzierungen, gegen die direkte Drittmittel an das IfZ aus öffentlichen Haushalten nicht abzuwerten sind: Sie stammen letztlich aus identischen Quellen.

Was unter "Drittmittelstrategie" verstanden werden soll, ist darüber hinaus nicht ersichtlich. Das IfZ wird weiterhin Anträge bei der DFG und den Stiftungen einreichen. Eine gewisse Skepsis im Hinblick auf die Erfolgsaussichten ist aber aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren nicht zu verhehlen.

Seit der Evaluierung im Jahr 1996 sind nämlich mehrere Anträge zur Finanzierung größerer Projekte abgelehnt worden, und zwar ein Projekt zur vergleichenden Diktaturforschung in Sachsen mit dem Lehrstuhl Heydemann der Universität Leipzig (VW-Stiftung), ein Projekt zur Erstellung eines Handbuchs der Behörden, Einrichtungen, Organisationen und Verbände des Dritten Reichs in Verbindung mit dem Bundesarchiv und den Lehrstühlen Hildebrand der Universität Bonn und Hockerts der LMU München (DFG) und ein vergleichendes Projekt zur totalitären Transformation in den ostmitteleuropäischen Staaten in den 1950er und 1960er Jahren (VW-Stiftung). Ebenfalls abgelehnt wurden in den letzten Monaten Anträge zur Finanzierung des Projektes "Politische Justiz unter Lenin, Stalin und Hitler" (VW-Stiftung) sowie ein Projekt, das die kulturellen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren auf dem Feld des Sports untersuchen soll. Es handelt sich in allen Fällen um Projekte in Forschungsfeldern, die der Bewertungsbericht als zentral für das IfZ aufführt.

Die Empfehlungen bezüglich einer stärkeren Kompetenzausweitung des Beirats hält der Direktor nicht für sinnvoll und nicht praktikabel. Sie entsprechen nicht der Satzung, die jeweils den Gremien und Stiftungsorganen Kompetenzen zuweist sowie dem Direktor die verantwortliche Leitung u. a. der Forschungsaufgaben überträgt. Ein Beirat ist ein Beirat und keine Regierung.

Sinnvoll wäre es im Übrigen, die Aufgabenvielfalt, die Leistungsfähigkeit, die Erträge der Arbeit des IfZ sowie die Veröffentlichungszahl mit denen anderer einschlägiger Institute zu vergleichen. Nur dies würde eine adäquate Bewertung ermöglichen.